

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandmitglieder heben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7903.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Pettzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 17. **Sonnabend, den 25. April 1914.** 18. Jahrgang.

Inhalt.

Sauptblatt: Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen. —
Rüffel zur Maifeier! — Die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften. — Große Blamage der Keramiker. — 6. Verbandstag der
Steinarbeiter Oesterreichs. — Eine Aussperung in Niedermendig. —
Zur Lohnbewegung im Niederösterreichischen Sandsteingebiet. — Kon-
ferenzendebrücke. — Zweierlei Maß. — Rundschau. — Quittung. —
Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Ver-
sammlungsstaten. — Ortslisten. — Anzeigen.
Beilage: Tarifliches. Aus der Gewerkschaft und der Zeit. I. —
Zur Erwerbstlosenunterstützung. — Vom Regensburger Ganttag. —
Vom Würzburger Ganttag. — Korrespondenzen. — Steinmännchen-
bewegungen. — Literarisches.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unternimmt, soll die folgende
Nummer die Bekanntmachung sein.)

Gesperet sind: Sothland; Granitwerk Kalauch. — Aien-
burg; Grabsteingehäuse Schnelle.

Im Niederösterreichischen Sandsteingebiet und in der Heuschauer
ist die Arbeitseinstellung perfekt geworden, nachdem die
Unternehmer jede Verbesserung abgelehnt. In Frage
kommen die Zählstellen Banzlau, Böwenberg, Deutmanns-
dorf, Hockenus, Marthau, Müllers, Mühlhölzung und
Mittelstein. Wie man vernimmt, wollen die Firmen
in den böhmischen Sandsteinbezirken Steinmehnen an-
werben. Ein großer Teil der Steinmehnen ist bereits ab-
gerufen.

Bayrischer Wald. Die Granitindustriellen lehnten beim
Tarifverhandeln jede Zulage ab. Ueberdies kündigten
die Herren den Arbeitern am 1. April. In den Orten
Blüchberg, Tittling, Hauzenberg, Ebenketten,
Waldberg und Metten ruht nun deshalb die Arbeit.
Ein Teil der Kollegen ist bereits abgereist. — Zwei Unter-
nehmer, die in drei Betrieben circa 60 Kollegen beschäf-
tigen, haben die Forderungen anerkannt und den Vertrag
unterschieden. Während die Christlichen in Metten und
Ebenketten sich mit der Mann an dem Kampfe
beteiligen, arbeiten 80 Christliche in Hauzen-
berg und leisten somit kräftig Hausmeisterdienste
für die Unternehmer.

Honheim. Am 21. April traten die Sandsteinmehnen in
den Streik. Die Unternehmer stellten an uns Zumutungen,
welche wir streng zurückweisen mußten.

Aussperung im Fichtelgebirge. In den Orten Gassen,
Schwarzenbach, Hof, Seuffen, Sparned, Uja, Selb, Nieder-
lamitz, Bunkel, Weihenstadt, Berned, Bayreuth, Wil-
gramsteuth, Wiesberg und Marktkeuthen sind unsere Ver-
bandsmitglieder seit dem 7. März ausgesperrt. Von dieser
Unternehmermaßnahme sind 1400 Steinarbeiter betroffen.
Die Kollegen in Kaiserhammer stehen in Tarifverhand-
lungen. — Die Grasya sperzte die Marmorarbeiter in
Seuffen aus, trotzdem der Tarif bis 1915 läuft. — Bei
Redaktionschluss finden Verhandlungen mit den Unter-
nehmern statt; eine Einigung ist sehr wahrscheinlich.

Berlin. Hier sind etwa 500 Kollegen aus allen Branchen
ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Auf Montage
befindliche Kollegen haben sofort zurückzukehren, voraus-
gesetzt, daß sie bei einem aussperrenden Unternehmer be-
schäftigt sind.

Niedermendig (Rheinland). Die Brecher in den Basalt-
Lavabrüchen wurden ausgesperrt, weil sie sich nicht be-
dingungslos den Unternehmerwünschen fügen wollten.

Heilbronn. Auf unsere Lohnforderungen haben die Unter-
nehmer noch nicht geantwortet. Zugang nach den hiesigen
Sandsteinwerten ist zu meiden.

Ramenz (Lausitz). Für die Grünsteinarbeiter bei der Firma
Zichade konnte erstmalig ein Tarif mit nicht unwesent-
lichen Lohnzulagen abgeschlossen werden.

Kathenow. Der Stundenlohn konnte durch die Lohnbewegung
um 2 Pfg. erhöht werden.

Braunschweig. Der Streik der Zementarbeiter ist mit Erfolg
beendet. Der Stundenlohn wurde um 5 Pfg. erhöht.

Ebendorf. Die Pflastersteinarbeiter sind am 20. April in
den Streik getreten.

Rauheim bei Darmstadt. Die Lohnbewegung in der Kunst-
steinfabrik H. Ewinger ist mit Erfolg beendet. Der
Stundenlohn wurde um 5 Pfg. erhöht; er beträgt jetzt
60 Pfg. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, gültig bis
1. April 1915.

Frankreich. Der Streik in Lunane (Nordfrankreich) ist
beendet.

Rüffel zur Maifeier!

Die organisierten Steinarbeiter haben sich stets
pfeifreich an der festlichen Begehung des 1. Mai beteiligt.
So wollen wir auch in diesem Jahre die fünfundsingzigste
Maifeier würdig und freudig zu einer machtvollen Kund-
gebung gestalten!

Als die Arbeiterklasse zum reifen Bewußtsein ihrer eigen-
nen Klassenstellung gelangte, schuf sie sich den Weltfeiertag
der Arbeit als ein Symbol all ihrer Freiheitsgedanken, all
ihrer großen Kulturideale. In allen Kämpfen, die wir
deutschen Arbeiter und die Arbeiter aller Länder

gegen die alle feindliche Welt des Kapitalis-
mus seit 25 Jahren geführt haben, war uns
der 1. Mai ein Quell neuer Kräfte, neuen Willens, neuer
Zuversicht. Der 1. Mai, der den Frühling in Blütenpracht
in das Land bringt, erneuert in der Arbeiterklasse das heilige
Bestreben, den Wälderfrühling zu gewinnen, die Menschheit
aus Ungemach und Elend zu lichten Höhen emporzuführen.

Auch in diesem Jahre steht der 1. Mai im Zeichen großer
wirtschaftlicher und politischer Kämpfe.
Die Sozialpolitik wird zum völligen Stillstand gebracht.
Hilfe gegen die schwere Not der Arbeitslosigkeit wird ver-
weigert. Das Koalitionsrecht wird immer mehr eingeeignet
und aufs äußerste bedroht. Die eigenen Kinder, die Jugend,
verloren man der Arbeiterklasse zu entfremden und zur
Knechtschaft zu erziehen. Die freien Gewerkschaften sollen
durch umfassende Volksgesetzgebungen in ihren Aufgaben ge-
hindert werden, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu ver-
bessern. Zugleich werden ganze Verräterorganisationen ge-
schichtet und der feige Mordbube, wenn er ein Streikbrecher
ist, findet Lohn und Lob bei den herrschenden Mächten.

In der Steinindustrie müssen die Kollegen zurzeit
schwere Kämpfe führen, damit die soziale Lage einiger-
maßen verbessert werden kann. Die Steinbruchindustriellen
wollen heuer nach Belieben diktieren, was aber unsere Ver-
bandsmitglieder mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Und
so werden zurzeit in der Heuschauer, in Nieder-
lamitz, in Sothland, im Fichtelgebirge, im
Bayrischen Wald, in Ebendorf und einigen an-
dern Orten Lohnkämpfe geführt, wo dieses seit Bestehen
unseres Verbandes noch niemals so drastisch zum Ausdruck
kam. Ueberall gingen die Unternehmer zum Angriff über.
Die Herren stülten sich besonders stark. Aber der Stein-
arbeiterverband wird diese Stürme überstehen und die
Pläne der Unternehmer zunichte machen.

Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens bezeichnet sich
das Kapital immer mehr ins Ungemessene, während in den
Tiefen der Gesellschaft Entbehrung und Not haufen. Ge-
walttätige Unternehmerverbände, Syndikate und Truste
plündern das Volk nicht minder aus, wie die Junker mit
ihrem Joch die nützlichsten Lebensmittel bauend aufs
schamloseste verteuern. Und so allemal geht der Militarismus
in stets steigendem Maße die besten Kräfte aus den ar-
beitenden Klassen schädigt die gesamte volkswirtschaftliche
Entwicklung um Milliarden und erhält die Menschheit in
steter Angst vor dem Ausbruch der fürchterlichsten Kriegs-
katastrophe.

Gegen all diese Uebel der kapitalistischen Gesellschaftsord-
nung reißt am 1. Mai die Arbeiterklasse die nervige Kampf-
kampfe ohne Unterlaß gegen Not und Entrechtung! Kampf
gegen kapitalistische Wälder und Wälderentwertung!

Vor allem mögen auch die Frauen unserer Kollegen am
Maifeiertage teilnehmen. Sie leben oft am schwersten unter
den Notständen unserer Zeit.

Die Kollegen, denen sich wir sicher, werden sich überall
dort an der Maifeier beteiligen, wo es die organisierten
Verhältnisse erlauben zulassen. Das zu beurteilen,
müssen in erster Linie die Ortsverwaltungen zu entscheiden
in der Lage sein.

Hoch der 1. Mai! Hoch der proletarische Weltfeiertag.

Die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften.

Ueber Kollege! Du hast nun das Wesen und den Zweck unseres
Verbandes kennen gelernt. Er strebt nach Erhöhung der Löhne und
Verklärung der Arbeitszeit. Seine sonstigen statutarischen Bestim-
mungen weisen den Boden der selbständigen Unterweisung bei sonstigen
Notfällen des wechselnden und bedrängten proletarischen Lebens. Ich
gestalte mir nun, dich auf ein andres Gebiet der Gewerkschafts-
tätigkeit zu führen, das mehr tiefer Natur, nicht so bestandeniger
aber von großer Wichtigkeit ist und keineswegs vernachlässigt werden
darf.

Genau hast du schon von den Bildungsbestrebungen der
modernen Gewerkschaften gehört. Im zweiten Abschnitt deutete ich
bereits an, daß der Wert der verklärten Arbeitszeit auch darin liegt,
daß er der Arbeiterklasse Gelegenheit gibt, sich ein besseres Wissen
und eine höhere Bildung anzueignen. Und daß das nicht nur an-
genehm, sondern auch nützlich und für den weiteren Aufstieg der
Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist, darüber will ich
mich jetzt mit dir unterhalten.

Du kennst unsere Volksschulen. Du hast einst selbst deren
Bänke gedrückt und weicht, welche unverbhältnismäßig großes Gewicht
in den Volksschulen auf Religionslehre und die Pflege des so-
genannten Patriotismus gelegt wird. Lehre man nun die Ge-
schichte der Religionen und beibrachte man dabei die christliche
Religion als das, was sie in ihrem ursprünglichen Wesen war, als
eine Sittenlehre, dann möchte es noch angehen. So aber ist im
kapitalistischen Staate von der Ausübung der Lehre Christi nicht
mehr viel zu spüren. Das frühere Zeiten in dieser Hinsicht etwa
noch verjährt haben, das hat heute der moderne Kapitalismus voll-
endet. Der Kapitalist handelt nicht als Christ. Er betrachtet den
Arbeiter nicht als Bruder, sondern als Ausbeutungsbjekt, er teilt
mit ihm nicht sein Hab und Gut wie es Christen verbot, sondern
sucht ihn auszupressen wie eine Zitrone und schmeißt selbst in den
denkbar teuersten Gemüßen, die er sich durch die Ausbeutung der
proletarischen Arbeitskraft verschafft. Und der kirchlich-religiöse
Unterricht, der den Proletariatskindern heute in der Schule erteilt
wird, hat in der Hauptsache nur noch den Zweck, unter Hinweis auf
ein späteres seliges Leben nach dem Tode kapitalistenströme, billige
und willige Arbeiter für die spätere Zeit der kapitalistischen Aus-
beutung zurechtzubereiten. Abels und Gabelungsbeise in ungeheuer
großer Anzahl werden in die Kindergehörne hineingehämmert, der

umfangreiche Memorienstoff lastet oft gleich einem drückenden Alp
auf den Kinderverstand und erschwert die Aufnahme anderer, wichti-
gerer Lehrstoffe. Für dieses „hehre“ Ziel werden viele kostbare
Stunden in der Volksschule geopfert.

Wenigstens liegt es mit der Pflege des sogenannten Patrio-
tismus. Ach, wenn es die Entwicklung der Völker wäre aus
grauer Vorzeit bis in die Neuzeit hinein! Wenn den Proletariats-
kindern der Völker Leid und Freud, ihre Taten und deren öko-
nomische Notwendigkeiten gelehrt würden! Wenig und nichts von
dem! Belanglose Schlachtenreden, die Genealogie der Fürsten-
häuser, die Vorgänge der Könige und Herzöge werden geschickt; den
Proletariatskindern wird der sogenannte Nationalstolz eingebläut,
daß sie ganz besonders eitel auf die eigene Nation und von falschen
Vorurteilen gegen andere Nationen erfüllt werden. Das hält die
kapitalistische Staat zur Verfolgung seiner Eroberungspolitik, die
nur dem Kapitalismus nützen kann, dem Proletariat jedoch schadet,
für nötig. Der Euro-patriotismus feiert mehr denn je in den Volkss-
schulen wahre Orgien und ist nur darauf berechnet, daß die Proletariats-
kinder später, wenn es sein muß, auch schließlich ihr Leben für die
kapitalistischen Interessen der herrschenden Klassen einsetzen.

Auf diese Weise werden viele kostbare Unterrichtsstunden nutzlos
verpufft und das Proletariatskind lernt das, was es im späteren
Leben zu seinem wirtschaftlichen Fortkommen notwendig gebraucht:
Rechnen, Schreiben, Lesen, Zeichnen, Naturgeschichte, Naturlehre,
Raumlehre, Völkerkunde, Geographie und dergleichen nur in äußerst
notdürftiger Weise. Die heutige Volksschule ist eben nichts weiter,
als ein Instrument des Klassenstaates zur Befestigung der Herr-
schaft der Besitzenden.

Die herrschenden Klassen haben einen Abscheu davor, das Volk
in wahrem Wissen zu unterrichten. Sie sagen sich, daß der wirt-
schaftlichen Zusammenhänge einführt und zu der Erkenntnis bringt,
daß der heutige Zustand, die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse
ein ungeliebtes Unrecht, ein Verbrechen an dem größten Teil der
Volksgenossen bedeutet, und daß es notwendig ist, den heutigen un-
gerechten Gesellschaftszustand durch einen besseren, idealeren, dem
Menschheit würdigen abzulösen und die Vervollständigung, die der
überwiegend größten Teil der Menschheit ins Sklavensystem des Kapitalis-
mus spannt, zu beseitigen. Deshalb sucht die bestehende
Klasse noch heute nach dem Grundtag des ehemaligen erastianischen
preussischen Ministers v. Raumer zu verfahren: Das Volk soll
nicht weiter unterrichtet werden, als es zu seiner Arbeit paßt.

Hier gilt es also, dem Willen des Klassenstaates durch die or-
ganisierte Selbsthilfe der Arbeiterklasse entgegen zu arbeiten.
Diese strebt deshalb nach möglichst verkürzter Arbeitszeit, um nicht
nur die Löhne zu heben, sondern auch um den Arbeiter auf eine
geistig höhere Stufe zu bringen und ihn aus der Geistesarmut zu
befreien, was eine notwendige Vorbedingung ist für die end-
gültige Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Wohl-
klober!

Was tut nun unser Verband, was tut die moderne Arbeiter-
bewegung für die geistige Vervollkommnung des Proletariats? In
erster Linie übermitteln unsere Organisation jedem Mitglied unserer
regelmäßig erscheinenden Jahrgang unentgeltlich. Dieses
Blatt unterrichtet die Kollegen über die Zustände in unserem Ge-
werbe, über unsere Lohnkämpfe, unsere Erfolge. In leicht faßlicher
Form führt es ihnen immer wieder die Notwendigkeit der Organi-
sation vor Augen, und was nicht minder wichtig, es behandelt die
wirtschaftlichen und politischen Zustände unserer Zeit und erläutert
die Sozialgesetzgebung. Es berichtet ferner über die Verhältnisse
in den britischen Zählstellen und zeigt, wie unsere Kollegen allerorts
bemüht sind, unsere Organisation vorwärts zu bringen und damit
sich und ihren Familien ein besseres Los zu bereiten.

Sicher Kollege! Schon wenn du unser Verbandsorgan auf-
merklich liest und das Gelesene in guter Weise durchdenkst, dann
wird sich dein Wissen heben und du wirst unsere wirtschaftlichen Zu-
stände immer mehr beurteilen lernen. Die Folge kann nur sein, daß
du ein immer mehr überzeugter Anhänger unseres Verbandes und
Verfechter unserer Bestrebungen wirst.

Und wenn dein Wissensdurst erst rege geworden ist, dann wird
dir bald die alleinige Bekümmernisse des Jahrganges nicht mehr ge-
nügen. Du wirst dann auch bald zur politischen Arbeiterpresse
greifen und dich weiter unterrichten. Diesen Entwicklungsgang
haben schon viele Kollegen vor dir durchgemacht. Und auch dabei
wirst du nicht stehen bleiben. Du wirst dich an die geistigen Schätze
unserer toten und lebenden berühmten Schriftsteller und Dichter her-
anzumachen, sie zu lesen und zu verstehen versuchen. Volkswirtschaft-
liche Abhandlungen, die Entwicklungsgeschichte der Völker, Reise-
beschreibungen, unsere Klassiker, gute Romane wirst du lesen wollen,
auch das bietet dir unsere Organisation, und unentgeltlich! In
vielen Orten verfügen unsere Zählstellen oder die Gewerkschafts-
zentrale über gute Bibliotheken, sie werden dir diese geistigen Schätze
gern und mit Freuden zum Studium überlassen.

Doch nicht nur das gelesene, auch das gesprochene
Wort, das unmittellbarer und nachhaltiger wirkt, wird
dir durch unsere Organisation vermittelt. Du suchst als Verbands-
mitglied auch unsere Versammlungen. Diese sind nicht nur
notwendig zur Beratung unserer Taktik in wirtschaftlichen Fragen,
sie dienen auch dem Zweck, den Solidaritäts- und Kollegialitäts-
gedanken zu pflegen und nicht zuletzt die Lücken in unserem Wissen
auszufüllen. Tüchtige Redner unserer guten Sache halten Vorträge
und referieren in anschaulicher Weise über Ursachen, Zwecke und
Ziele unserer modernen Arbeiterbewegung oder über sonstige wissens-
schaftliche Thematika. Alle diese Vorträge sind von großem Wert für
die geistige Weiterbildung unserer Kollegen. Deshalb versäume nie
eine Versammlung ohne teilnehmenden Grund! Unsere Versammlungen
sind das Barometer unserer Wissens- und Bildungsbestrebungen. Ein
guter Versammlungsbesuch bedeutet mehr Nachverständnis, mehr
Wissen und die Garantie des weiteren guten Aufstiegs in unsern
Bestrebungen!

Die Arbeiterorganisationen sind bemüht, in genauer Erkenntnis
der Wichtigkeit der geistigen Hebung des Proletariats in dieser Rich-
tung alles zu tun, was nur irgendwie in ihren Kräften steht.
So ist die moderne Arbeiterbewegung auch schon an einer Reihe von
Orten dazu übergegangen, Unterrichtskurse für Arbeiter
einzuführen. Ferner sind besondere Bildungsausschüsse ein-
gesetzt worden, die die Arbeiterkinder in die Probleme der Wissen-
schaft, der bildenden und darstellenden Kunst einführen.

Diese schönen Bemühungen sind nicht erfolglos geblieben. Die
Arbeiterklasse ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist auch
eine geistige Macht geworden. Und die besitzenden Klassen sehen

mit stiller Mut diesen Entwicklungsengang, sie schreiben nach Staats-
hilfe zur Unterdrückung der Arbeiterorganisationen, sie empfinden,
daß hier ein Mißverhältnis aus jahrelangen Belangenem Winter Schlaf erwacht,
seine starken Muskeln schüttelt und die Nebelschleier von seinem Ge-
sicht verdrängt, wie er sich nach und nach seiner Macht bewußt
wird und sich nun ansetzt, aus eigener Kraft und mit eigener
Willen, der durch wahres Wissen geädert wird, sich ein neues und
besseres Gesicht zu schmiden und das Proletariat zu befreien aus
den unwürdigen Fesseln des Kapitalismus. Dagegen hilft aber
weder das Schreien noch eine drakonische Gesetzgebung, noch je-
derlei brutale Unterdrückung seitens der Mächtigen. Es ist das
Schicksal der Menschheit, das sich hier vollzieht!

Wachteißt du nun, lieber Kollege, was uns unsere Arbeiterorgani-
sationen sind? Sie sind das Mittel zur Befreiung unserer wirt-
schaftlichen Lage, sie sind das Mittel zu unserer Befreiung aus geistli-
cher Knechtschaft! Ihre Stärke ist unsere Macht! Ohne sie ewige
Knechtschaft, ewige Armut und ewiges Elend! Mit ihnen
und durch sie Wohlfahrt und Freiheit! Daß, lieber Kollege,
begreife! Und du wirst und mußt es begreifen! Du mußt zu
uns gehören und unsere Pläne wandeln! Es gibt keinen andern Aus-
weg aus der Knechtschaft, als das Streben und Kämpfen für deine
Befreiung, für die Befreiung der Arbeit! Unsere Organisationen
sind der Machtansdruck des erwachten Proletariats! Nur sie
verbürgen die Möglichkeit des Erfolges unter gerechten Sache!

Große Blamage der Keramiker.

Der christliche Keram- und Steinarbeiterverband hat wieder
eine mächtige Blamage einstecken müssen. Die Christlichen Schlossen
mit einigen Steinsefameistern in Rheinland und Westfalen
einen Tarif ab, ohne daß sie eine dementsprechende Mitgliederzahl
aufweisen konnten. Aber die Schwarzen hatten nun ihren Tarif:
ein „großer Sieg“ war somit „errungen“. Die Steinsefameister
wollten nun diesen Tarif den „rot“ organisierten Steinsefameis-
tern. Die Roten dankten für das „schwarze“ Geschenk und ver-
weigerten die Anerkennung jenes Krüppeltarifs. Nun sperrten die
Steinsefameister die „rot“ organisierten Gesellen aus. Die Zen-
tralschriften schafften weiter; ihr „Erfolg“ schien ja gesichert zu
sein. Ihre „Diplomaten“ sind ja besonders schlau.

Nun aber kam das Strafgericht. Die Aussperrung der Pflaster-
er konnte erfolgreich für die Arbeiter beendet werden.
Gleich nach Ausbruch des Kampfes schrieben wir, daß von den
Christlichen, mit denen die Unternehmer einen Tarif abgeschlossen
hatten, den der Verband der Steinsefameister einfach anerkennen sollte,
bald nichts mehr übrig sein würde, als eben ihr Tarif. Diese
Vorhersage hat sich schneller erfüllt als voraussehen war. Kurz
vor den Feiertagen wandte sich die Unternehmerorganisation
an sich selbst an den Verband der Steinsefameister mit der
Anfrage, ob er bereit sei, noch vor Ostern an Verhandlungen teil-
zunehmen. Am Osterfestabend haben dann Verhandlungen in
Badum stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß alle Ver-
schlechterungen, die der christliche Tarif für die Arbeiter im Gefolge
gebracht hätte, glatt beseitigt wurden, ja das zum Teil unheimlich hohe
Arbeitspensum, von dem selbst viele Unternehmer erklärten, daß es
zu hoch sei; weiter wurde die Einführung der Akkordarbeit zurück-
gezogen, eine Verbesserung der Bestimmungen über die Jung-
gelellen erzielt, desgleichen über die Lohnzahlung und andre.
Der Verband der Steinsefameister hat weiter damit durchgesetzt, daß mit den
Christlichen kein gemeinsamer Tarif abgeschlossen
wurde, sondern daß diese, entsprechend ihrer wirklichen Bedeutung,
nur einen Nebenvertrag erhalten.

Durch die Maßnahmen, die der Verband der Steinsefameister in der
vorigen Woche getroffen hatte, war die Zahl der am Kampfe
Beteiligten von 450 auf etwa 1100 gestiegen, was wesentlich zur
Ablenkung des Kampfes beigetragen hat. Dabei stellte es sich auch
heraus, daß im ganzen Kampfsgebiet nur 57 Mann weiter-
arbeiteten, die aber längst nicht alle der christlichen Organisation
angehörten.

In Köln hatten sich die meisten christlich organisierten ohne
weiteres dem Streik angeschlossen, sie sind bis auf wenige Mann
zum freien Verbande übergetreten. Die bei einer
Nirna in Wülheim beschäftigten Christlichen weigerten sich,
die ihnen in Köln angebotene Streikarbeit zu machen. Es läßt sich
also denken, daß die Leitung der christlichen Organisation über den
Ausgang des Kampfes nicht sehr erbaut ist. Es war ihr nicht be-
scheiden, in diesem Kampfe die Rolle zu spielen, die ihre gleichartige
Brüderorganisation im Bergarbeiterstreik gespielt hat.

Die Strategen des Keramarbeiterverbandes haben sich mit
ihrer vorläufigen Taktik mächtig blamiert: sie haben bewiesen, daß
es ihnen an führenden Männern, die eine Lohnbewegung mit sicher-
er Hand zum Ziele führen können, fehlt. Es steht fest, daß der
christliche Tarif bedeutend niedriger ist als diejenige, der von
den Steinsefameistern abgeschlossen worden ist. Die christlichen Führer-
männer nun lange Gefächler zu ihrer Niederlage: sie hatten den
Kund bei der Bewegung sehr weit angerissen und nun sind ihnen
die Helle fortgeschwommen. Der Steinsefameisterverband hat mit seiner
jamaosen Taktik den Christlichen eine schwere Niederlage beigebracht.

Die Taktik der Christlichen ist eine recht sonderbare. In
einigen länderlichen Steinbruchgebieten sagten ihre Vertreter bei
den Verhandlungen überhaupt nichts, sie mimten indirekt die Zu-
riedenen, in der Laube konzentriert die Leute über unsere Ab-
sicht, der für 200 Kollegen einen entzehlichen Vorteil brachte,
aber im Rheinland griffen sie beim Steinsefameistertarif sofort zu und
nachdem alles in lauterunter Seite an. Nun sind die „wei-
ßen“ Arbeiter wieder dem geschnitten worden.

In der „Steinsefameisterzeitung“ schreibt Genosse Alexander
Krauß folgendes:

... und zwar liegt das Schwergewicht des Erfolges in
den, was abgewandt wurde. Wenn man die ganze Bedeutung
des Erfolges abwägt, dann muß man sich noch einmal ver-
gewissern, welche Ungeheuerlichkeiten und haarsträubenden
Verfälschungen der „christliche“ Tarif vom 2. März enthält —
d. h. derjenige „christliche“ Tarif, den wir nach dem Schreiben der
Unternehmerorganisation vom 13. März „ohne jede Änderung und
ohne Abänderung“ annehmen sollten!

Aber auch der „christliche“ Tarif vom 2. März war derartig
bedrohlich, daß er in Wirklichkeit gar keine Verbesserung ent-
hielt. Durch das Arbeitspensum und die gleichzeitige geplante
Erhöhung der Akkordarbeit wären die Bestimmungen über die
Lohnzahlung vollständig durchbrochen gewesen, sie hätten bei einzi-
germaßen Willen der Unternehmer nur noch auf dem Papier
gestanden!

... konnte nur mit berechtigtem Stolz sagen: Alle Ver-
schlechterungen sind glatt abgewehrt!

Abgewehrt ist das Arbeitspensum! Abgewehrt ist die
Einführung der Akkordarbeit! Abgewehrt ist das zweite
Junggelellensjahr! Abgewehrt ist die Bestimmung hinsichtlich
der Lohnzahlung, die nach dem christlichen Tarif bö-
swilligen Unternehmern selbst die wöchentliche Lohnzahlung erlaubt
hätte! Abgewehrt ist die Zurücksetzung der Kammer in der
Lohnfrage, denen man eine geringere Lohnsteigerung zugemutet hat
wie den Pflasterern! Abgewehrt sind die Verschlechterungen
hinsichtlich des früheren Arbeitsflusses an den Heiligabend, der
Bezahlung des tariflichen Stundenlohns auch bei nichtberuflichen
Arbeitern; eine Verbesserung ist noch erzielt hinsichtlich der Fest-
stellung der Löhne in den Bezirken, in denen bisher keine Tarife be-
standen haben.

Also wir können, ohne uns der bei unsern „christlichen“ Anti-
poden gebräuchlichen Verdrehungen und Entstellungen schuldig zu
machen — ehrlich und aus vollster Ueberzeugung erklären: In
wirtschaftlicher Beziehung haben wir einen glänzenden Erfolg da-
vongetragen. Die alte Widerstandskraft und Schlagfertigkeit
unseres Verbandes hat sich auch diesmal wiederum glänzend be-
währt!

Aber auch in organisatorischer Hinsicht ist der Erfolg ein außer-
ordentlich hoher. Durch die Art, wie wir den Kampf eingeleitet
und geführt haben, haben wir auch die „Christen“ gezwungen, sehr
wider ihren Willen — ihre wirkliche Stärke — oder richtige ihre
ganze Schwäche zu offenbaren und damit ihre Bedeutung als
Losigkeit für die Unternehmer als Bundesgenossen gegen den
„sozialdemokratischen“ Verband! Mehr als 300 Mann, hatten sie
den Unternehmern versprochen. hätten sie unter ihrer „christlich-
nationalen“ Fahne gesammelt, die natürlich auch am Tage der Aus-
sperung unter dem „christlichen“ Tarif weiterarbeiten sollten. —
Künftig, unsagbar lässlich haben die Herren in Wirklichkeit abge-
schritten. Ganz ungeheuerlich haben sie sich blamiert. Denn wenn
sie sich auch während der Aussperrung noch darauf hinausreden
konnten, daß sich ihre 327 Mitglieder unter den Nichtausgesperrten
befänden — an dem Tage, da wir zum Angriff übergingen und
weitere 700 Mann aus den nichtausgesperrten Betrieben heraus-
holten — an dem Tage stellte sich heraus, daß im ganzen Aus-
sperungsgebiet nur noch 57 Mann arbeiteten, die aber durchaus
nicht einmal alle „christlich“ organisiert waren. Der Plan, den die
Unternehmerorganisation mit den „Christlichen“ vorhatte, ist also
eindeutig ins Wasser gefallen und das ist der zweite große Erfolg dieses
Kampfes. Und da weitere Kollegen in Rheinland und Westfalen
den Christlichen auf Jahre hinaus nicht vergessen dürften, welche
traurige und verberbliche Rolle sie bei ihrem ersten Debüt im
Pflasterergewerbe gespielt haben, so dürften sie ihre Rolle wohl über-
haupt ausgespielt haben.

Und zum Schluß hat uns dieser Kampf auch in geradezu
Häufiger Weise die Schwächen der Unternehmern-
organisation offenbart. Der Zuwachs, den diesebe-
die Zwangsorganisation der Innung erfahren hat und der dazu
dienen sollte, die Kampfront gegen unsern Verband zu ver-
breitern, den Kampf für uns schwieriger zu gestalten — dieser Zu-
wachs hat sich geradezu als ein Diebstahl für die Unternehmern-
organisation erwiesen. Nicht die Kampfront gegen uns ist da-
durch erweitert worden, sondern wir haben dadurch erheblich
größere Angriffsmöglichkeiten erhalten und dadurch, daß
wir diese Möglichkeiten benutzt haben, haben wir wesentlich zu der
schnellen Beendigung des Kampfes beigetragen.

Wir möchten geradezu behaupten, daß der Ausgang dieser
zweiten rheinisch-westfälischen Aussperrung als typisches Beispiel
angesehen werden kann für eine etwaige Aussperrung auf der
ganzen Linie, wenn sie jemals von Unternehmernseite ernstlich ins
Auge gefaßt werden sollte. Es gibt ja hüben und drüben Leute, die
davon träumen, und es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß es
noch einmal dazu kommt — aber sollte es dazu kommen und sollte
es vor allem bei Ablauf des ominösen Jahres 1915 dazu kommen,
dann läßt sich heute schon mit Bestimmtheit sagen, daß es dann
genau so kommen wird, wie es in Rheinland und Westfalen nun
schon zweimal gekommen ist und zwar das zweitemal noch viel
schlimmer als das erste. Es gibt aber auf der andern Seite
Leute, die das einsehen und erkennen und deren Einsicht und Er-
kenntnis gerade durch den Verlauf dieser Aussperrung noch ge-
schärft worden sein dürften — und so haben unsere rheinisch-west-
fälischen Kollegen vielleicht durch ihr mannhaftes und mutterhaftes
Einsehen auch noch ein erheblich Teil dazu beigetragen, daß 1915
auf Unternehmernseite die Draufgänger etwas in den Hintergrund
gedrängt werden.

Kögen aber auch unsere rheinisch-westfälischen Kollegen nicht
vergessen, daß sie diesen Erfolg lediglich der Tatsache zu danken,
haben, daß sich in den letzten paar Wochen — mit Ausnahme des
haiden Hundert „Christen“ — die Kollegen beinahe bis auf den
letzten Mann in unsern Verbände zusammengedrängt haben und
mögen sie daraus den Schluß ziehen, daß sie diesen Kampf hätten
vermeiden können, wenn sie schon vorher so vollständig zu ihrer
Organisation gestanden hätten; ja daß sie dann die ganze Stoßkraft
ihrer Organisation lediglich auf die Verbesserung ihrer wirtschaftli-
chen Lage hätten richten können und nicht nötig gehabt hätten,
das Schwergewicht auf die Abwehr der „christlichen“ Verschlechter-
ungen zu verlegen. Daß die „Christen“ uns überhaupt in dieser
traurigen Art ins Gefolge kommen konnten, haben lediglich die-
jenigen Kollegen verschuldet, die bis kurz vor dem Kampfe außer-
halb der Organisation gestanden haben.

Nun haben sich ja auch die „Christen“ hier erwiesen als ein
Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute
schafft — sie haben uns mindestens 50 Prozent Mitgliederzuwachs
in wenigen Wochen verschafft! Wir haben in Wirklichkeit mehr als
300 neue Mitglieder gewonnen! — Aber es sollte das auch ohne das
Taschengeld der „christlichen“ Agitatoren möglich sein! Ziehen
unsre Kollegen ebenfalls diese Lehre aus dem Kampfe, dann wird
der Sieg, den sie errungen, sich auch in dieser Hinsicht als ein a ch-
belstiger und großer Erfolg erweisen.

Also: Schätze den Sieg und nutze ihn zu neuen Erfolgen!

5. Verbandstag der Steinarbeiter Oesterreichs.

Vom 12. bis 16. April tagte in Wien der fünfte öster-
reichische Verbandstag der Steinarbeiter, der von 29 Dele-
gierten und 10 Vorstandsmitgliedern besucht war. Als Ver-
treter des Deutschen Steinarbeiterverbandes war Kollege
Rathner anwesend. Unser österreichischer Bruderverband
zählt 5200 Mitglieder. Leider ist auch in Oesterreich keine
einheitliche Arbeiterorganisation vorhanden, da die
böhmisch-schlesischen Kollegen einen Sonderverband mit dem
Sitz in Prag vor einigen Jahren gegründet haben. Angeb-
lich sollen in diesem Verband 3000 Steinarbeiter organisiert
sein. Der österreichische Steinarbeiterverband hält seine
Verbandstage nur alle drei Jahre ab.

In den letzten drei Jahren wurde eine Gesamteinnahme
von 21973 Kronen erzielt (1 Krone = 85 Hg.), der eine
Ausgabe von 22810 Kronen gegenübersteht, so daß am
Jahreschluß ein Bestand von 60162 Kronen vorhanden war.
Die Agitation gestaltet sich besonders dadurch noch schwie-
rig, da sieben Sprachen dabei in Betracht gezogen wer-
den müssen. Auch das Fachblatt der „Steinarbeiter“ erscheint
in ebensoviel Sprachen, was im Jahresdurchschnitt eine Aus-
gabe von 15 Prozent der gesamten Einnahmen verursacht.

Die Einrichtungen des österreichischen Steinarbeiterver-
bandes sind dem deutschen Verbände beinahe völlig angepaßt.

Etwaige Bestimmungen, die bis dahin noch fehlten, sind auf
diesem Verbandstag nachgeholt worden. So wurde ein Ver-
bandsrat geschaffen und dem Verbandsvorstand das Recht
zugeprochen, bei Streiks zu jeder Zeit eingreifen zu können.
Denn auch hier finden die Mitglieder öfter die Kurde nicht,
zu richtiger Zeit einzulisten, so daß dadurch einige Zahl-
stellen vollständig verloren gingen.

Die Arbeitslosenunterstützung, die hier schon
seit mehreren Jahren eingeführt ist, verurteilte in den letz-
ten drei Jahren eine Ausgabe von 22379 Kronen, was bei
5200 Mitgliedern (pro Jahr 7500 Kr.) nicht besonders ins
Gewicht fällt. (Wenn im deutschen Verband nun endgültig
die Erwerbslosenunterstützung zur Einführung gelangt, er-
gibt sich natürlich ein anderer Betrag im Durchschnitt auf das
Mitglied.)

Der Verbandsbeitrag ist ebenfalls in drei Klassen einge-
teilt, es werden bezahlt 60, 50 und 40 Heller pro Woche.
Jedes Mitglied hat 52 Wochen voll zu leben. Die Arbeits-
losenunterstützung beträgt pro Tag 1 Krone.

1. Klasse	bei 52 Beitragswochen bis zu 30 Kronen,
„ 156 „	„ „ „ 42 „
„ 260 „	„ „ „ 56 „
2. Klasse	„ 52 „
„ 156 „	„ „ „ 18 „
„ 260 „	„ „ „ 24 „
3. Klasse	„ 52 „
„ 156 „	„ „ „ 12 „
„ 260 „	„ „ „ 16 „

in der 3. Klasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung
4 Kronen pro Woche.

Lohnbewegungen und Streiks beanspruchten
in den letzten drei Jahren eine Ausgabe von 80000 Kronen.
Da von keiner Seite eine Erhöhung der Beiträge beantragt
war, wurden auch alle Anträge, die auf höhere Unter-
stützungssätze hinausliefen, mit Einstimmigkeit abgelehnt.
Ein Antrag, Erwerbslosensachen wie im deutschen Verband
einzuführen, wurde ebenfalls einstimmig abgelehnt. Die Er-
fahrungen, die der deutsche Verband damit gemacht hat,
waren den Delegierten schon von früher her bekannt.

Das Gehalt der Angestellten erfährt eine kleine Aufbesse-
rung. Bisher betrug das Gehalt 36 bis 50 Kronen pro
Woche, für die Zukunft soll es stufenweise 40 bis 60 Kronen
betragen. Dem nächsten Verbandstag soll ein festes Regle-
ment unterbreitet werden. Die Wiederwahl aller Angestell-
ten erfolgte einstimmig durch Affirmation.

Nicht weniger als 52 Abänderungsanträge
lagen zu den Statuten vor. Diese wurden alle einer Kom-
mission überwiesen; nachdem sie ordentlich durchgesehen waren,
ging die Abstimmung glatt vonstatten, so daß in ganz kurzer
Zeit alles erledigt war.

Die Debatte bei allen Punkten der Tagesordnung war
allgemein recht sachlich gehalten. Die „Pfeile“ auf die Ver-
bandsangestellten waren nicht so scharf gespitzt, wie es etwa
bei uns üblich ist. Wegen Mangel an Zeit mußte der Punkt:
Schutzbestimmungen in der Steinindustrie, von der Tagesor-
dnung abgelehnt werden. Dieser Punkt soll im Fachblatt be-
sprochen werden.

Zu gleicher Zeit tagten in Wien noch einige andre Zen-
tralverbände, über welche in der Tagespresse berichtet wurde.
Ueber den Verbandstag der Steinarbeiter war leider
nichts zu finden. Für die Zukunft wird der Verbandsrat
auch dafür sorgen müssen, daß die Verbandstage nicht im
Verborgenen blühen. Mit der Ermahnung an die Delegier-
ten, überall für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen,
schloß der Verbandsvorsitzende Müller den Verbandstag.

Am Abend des zweiten Osterfeiertages fand zu Ehren der
Delegierten eine gemütliche Abendunterhaltung statt, wobei
der Gesangverein der Wiener Steinarbeiter sein Können zu
Gehör brachte, was allseitig mit großem Beifall aufgenom-
men wurde. In Deutschland konnte den Delegierten ein be-
trächtiger Genuß das letztmal 1902 in Leipzig von dem Ge-
sangverein der Leipziger Steinarbeiter geboten werden. Ob
in Dresden noch ein Steinarbeitergesangverein vorhanden
sein wird, werden wir in einigen Wochen erfahren. Auch
die vom Kollegen Gollub aus Graz vorgetragene Gedächtnis-
rede von Peter Rosegger fanden die volle Aufmerksamkeit aller
Anwesenden. Die Tagung hat auf alle Beteiligten einen
guten Eindruck gemacht.

Eine Aussperrung in Niedermendig.

Die Unternehmer der Basaltlavaindustrie sperrten am 15. April
die Steindreher aus. Als Ursache gaben sie an, sie hätten sich dem
Berein der Basaltlavawerke in Magden angeschlossen und die Dreher
müßten nun länger arbeiten. Nun hätten ja die Dreher nichts
weiter einzuwenden, wenn sie die Zeit bezahlt bekämen und ihnen
die Vorteile der Magener Kollegen zugute kämen. Aber die Unter-
nehmer erklärten einfach: „Ihr habt eine Viertelstunde länger zu
arbeiten ohne jede Vergütung!“ Die Steindreher, fast
alle unorganisiert, lehnten das Ansuchen einmütig ab. Auch
lehnten die Unternehmer eine Vermittlung des Bergrats Herrn
v. Daffel rundweg ab.

Ein Einblick in die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Steindreher
lehrt uns, daß sie einen äußerst gefährlichen Beruf haben. Der
Basaltlava liegt 20 bis 40 Meter tief in der Erde. Die Gewinnung
deshalb geschieht im Untertagebau. Zu demselben gelangt man
durch einen Stollen oder Gang und von diesem aus mittels einer
Leiter zur Sohle. Das Gewölbe besteht aus den Köpfen der Säulen,
Stößen genannt, und diese ruhen auf Pfeilern, welche das Erdreich
tragen. Wird nun so ein Pfeiler stark beschüttet, was oft vor-
kommt, so stürzt die ganze Masse zusammen. Sodert sich eine Glocke,
so muß dieselbe verdrückt werden. Dieses kann jedoch nur ein Tag-
mann, und es wird dieses sehr oft vernachlässigt. So kommt es oft
vor, daß so eine herabfallende Glocke die darunter beschäftigten Per-
sonen trifft. Schwere Knochenbrüche oder sogar der Tod sind die
Folgen. Man sieht hieraus, daß nur ein Verweilen unter dem
Gewölbe gefährlich werden kann.

Das Werkzeug, wie Binden, Ketten, Hämmer, auch das Del
zum Erleuchten der Arbeitsstätte muß vom Arbeiter gestellt werden.
Es arbeiten die Dreher zu zwei und zwei Mann. Der Tageslohn
beträgt 5 Mk., auch wird in Akkord gearbeitet. Von diesem Lohn
muß auch das Schärfen des Werkzeugs bezahlt werden. Von den
Drehern wurde öfter verlangt, daß ihnen doch wenigstens das Del
gestellt würde. Ein Unternehmer meinte ironisch: „Dann nehmt
ihr ja das Del noch mit nach Hause und laßt Pfannkuchen damit.“
Damit zeigte er seine soziale Rücksichtslosigkeit. In der Grube arbeitend
der Dreher auf Leitern oder steht dicht unter dem Gewölbe in ge-
bückter Stellung. Er bricht nun das Material, welches dicht un-
tersammelt ist, heraus und dieses wird dann durch einen Schacht
autage gefördert. Der Dreher muß wissen, wo die Pfeiler stehen
bleiben und ob das Gewölbe sich trägt. Dieses muß nun alles ge-
lernt sein; ein ungelerner Arbeiter ist nicht zu gebrauchen. Aus
diesem Grunde allein werden sich wohl keine fremden Steindreher
einstellen.

Die Magener Dreher dagegen arbeiten jutage. Das Werk-
zeug bezahlt dort der Unternehmer. Der Lohn beträgt 5 bis 6 Mk.
Die Niedermendig Dreher verlangen nun: Magener Vorschriften,
Magener Rechte! Die Arbeiterschutzbestimmungen werden nicht

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 17.

Sonnabend, den 25. April 1914.

18. Jahrgang.

Tariffliches.

Aus der Geschichte und der Zeit.

I.

Oh. Schm. Die Bestrebungen der Arbeiterschaft, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen in tarifliche Formen zu kleiden, sind nicht neu. Schon zu einer Zeit, als die Zunftverfassungen auf dem Totenbette lagen und ihrer Ablösung durch die Einführung der Gewerbefreiheit in Deutschland harrten, finden wir, wenn auch nur vereinzelt in den Großstädten, Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Fremd war die tarifliche Lohn- und Arbeitsmethode während des Zunftwesens zwar auch nicht. Die Geschichte meldet uns sogar aus dem 14. Jahrhundert einen Tarifvertrag. In den Jahren 1351—1361 soll es sogar den Webern in Speyer gelungen sein, nach hartem Kampfe einen Tarifvertrag abzuschließen. Nach unsern heutigen Begriffen über Tarifverträge dürften jene Abmachungen als Tarifverträge wohl kaum anzusprechen gewesen sein. Eine jede Entzweiung war und ist heute noch an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß es nur der Aufhebung der alten Zunftverfassungen bedurfte, um den Einzug der Tarifverträge in Deutschland die Wege zu ebnen. Schon die Tatsache, daß England das klassische Geburtsland der Tarifverträge ist, beweist zur Genüge, daß neben der Gewerbefreiheit noch andre Fundamente vorhanden sein müssen, die in erster Linie als Träger der Tarifverträge in Frage kommen.

Diese Fundamente bilden heute ausschließlich die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. In seinem Buche über Tarifgemeinschaften sagt darüber Schmeller folgendes: „Es müssen die Organisationen und zwar für jeden, der nicht an eine Niedergerichte des mittelalterlichen Zunftwesens glaubt, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften als Grundpfeiler von Tarifgemeinschaften, als Vorbedingung für ihren Abschluß und ihren Bestand angesehen werden.“ In den Kreisen der Praktiker kann diese Praxis nur als etwas Selbstverständliches angesehen werden. Tarifverträge zwischen Mehrheiten nicht organisierter Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzuschließen, würde sich heute sehr bald als veraltetes Beginnen erweisen. So veraltet die Zunftverfassungen vor ihrer Ablösung durch die Gewerbefreiheit auch gewesen sein mögen, so haben sie doch, wenn auch nur teilweise, der Arbeiterschaft mehr genützt, als die kurze organisationslose Zeit. Es sei hier nur auf die Bestimmungen in bezug auf die Lehrlingszahl in den Zunftverfassungen hingewiesen. Die kurze Zeit, nach der Aufhebung der Zunftverfassungen bis zur Einbürgerung der Arbeiterorganisationen wurde von einem ausbeutungslustigen Unternehmertum weidlich ausgenutzt. Die logische Folge war, daß sich, besonders in den Großstädten, wo das Elend in der trübseligsten Form zum Ausdruck kam, der Drang nach Mitbestimmung bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen ein immer größerer wurde. Die Organisationen als die „Grundpfeiler“ der heutigen Tarifverträge hielten ihren Einzug. Durch die anfängliche Ohnmächtigkeit der Unternehmer der organisierten Arbeiterschaft gegenüber waren die Einflüsse der letzteren bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch nicht gering. Es soll damit absolut nicht gesagt sein, daß sich etwa mit der Gründung der Organisationen die Tarife eingebürgert haben als wie die Kinder nach der Eheschließung. Im Gegenteil. Den ersten diesbezüglichen Erfolgen gingen ganz erhebliche wirtschaftliche Kämpfe voraus. Schon in den achtziger Jahren gelang es der Arbeiterschaft, ganz bedeutende Tarifverträge abzuschließen. Von der Tarifbewegung der Buchdrucker, die sich bis zum Jahre 1848 zurückverfolgen läßt und in den siebziger Jahren erstmalig zu einem größeren Abschluß führte, können wir dabei noch absehen. Auffallend ist von der gewerkschaftlichen Tarifgeschichte, daß zuerst Bezüge erzielt wurden, die einen ausgesprochen handwerklichen Charakter trugen. Nach einer Statistik, welche das Reichsarbeitsblatt am 2. Mai 1904 veröffentlichte, entfielen von 1000 Tarifverträgen (ohne Buchdruckerart) auf das Baugewerbe 271, Nahrungsgewerbe und Genußmittelindustrie 79, davon auf die Brauindustrie allein 74 Verträge, in der Bekleidungsindustrie waren 76, im Verlehdgewerbe 68, in der Holzindustrie 43, in der Metallindustrie 38, Lederindustrie 21, Maschinenindustrie 15 und in der Textilindustrie 5 Verträge zu verzeichnen. Der übrige Rest verteilte sich auf die andern Industriezweige. Charakteristisch ist wohl an dieser Aufstellung, daß das Baugewerbe in bezug auf die Zahl der Tarifverträge an erster Stelle steht. Zu dieser frühzeitigen Entwicklung der Tarifverträge im Baugewerbe mag wohl die Stellung der Unternehmer in diesem Berufsweige zu dieser Frage wesentlich beigetragen haben. Die Erfolge, die die organisierte Arbeiterschaft dem Unternehmertum schon zu einer Zeit abtrotzte, wo die Arbeiterbewegung eigentlich noch in den Kinderschuhen steckte, veranlaßten die Unternehmer zu Abwehrmaßnahmen, die nur darin bestehen konnten den Arbeiterorganisationen gleichwertige Unternehmerorganisationen gegenüberzustellen. Ein Bestreben, das in dem beengten Unternehmertum reiche Nahrung fand. Die vornehmste Aufgabe dieser jungen Arbeitgeberorganisationen bestand nun darin, zu den Bestrebungen der Arbeiterschaft im allgemeinen, zu den Tarifverträgen aber im besonderen Stellung zu nehmen. Auf ihrer Generalversammlung am 31. Oktober 1901 zu Frankfurt nahmen die Unternehmer der Bauindustrie zur Frage der Tarifverträge eine Resolution an, in der es unter anderm heißt: „Die Mängel der Tarifgemeinschaften treten gegen ihre Vorzüge zurück. Ein Vertragsabschluß ist immer zu empfehlen. Die Bauherren sind keine Feindesherren. Man kann die Arbeiter in unserm Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigter anzuerkennen. Einer Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen darf nichts im Wege stehen. Der beste Boden, auf dem sich friedliche, geordnete Erwerbsverhältnisse aufbauen lassen, sind beiderseits starke Organisationen. Diese geben auch allein die Gewähr für die Innehaltung der abgeschlossenen Verträge.“ — Soweit also die Resolution der Bauindustriellen, die es begreiflich erscheinen läßt, daß gerade im Baugewerbe

die Tarifverträge frühzeitig in die Erscheinung traten und heute in diesem Industriezweig zum verbreitetsten Arbeits- und Entlohnungssystem geworden sind. Die Anschauung der Bauunternehmer über die Tarifverträge wurde aber nur noch von weniger, sehr unbedeutenden Unternehmergruppen geteilt. Am schärfsten sprach sich wohl der Zentralverband deutscher Industrieller gegen die Tarifverträge aus. Auf seiner Generalversammlung im Mai 1905 präziserte diese Scharfmacherorganisation ihren Standpunkt zu den Tarifverträgen wie folgt: „Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit, ferner auch die Entscheidung über die Verwendung seiner Arbeiter, als sie auch die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisationen bringen. Die Tarifverträge sind schwere Hindernisse der deutschen Industrie.“

Mit dieser Resolution waren aber die Teilnehmer der Generalversammlung noch nicht zufrieden. Es mußten auch noch diesbezügliche Regierungsmaßnahmen unter die Scharfmacherlupe genommen werden. Am 2. März 1905 gab nämlich die bayrische Regierung eine Entschließung heraus, die besagt, daß der Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten betrachtet wird. Diese gewiß bescheidene und harmlose Entschließung der bayrischen Regierung wurde auf der erwähnten Industriellenversammlung auf das lebhafteste bedauert. Es gehört nun einmal zum täglichen Leben der Unternehmerorganisationen, daß alle Regierungsmaßnahmen zugunsten der Arbeiter verdammt werden müssen. Aber nicht nur die Unternehmerorganisationen als solche haben gegen die Tarifverträge Stellung genommen, es wurde vielmehr überall, wo sich nur Gelegenheit bot, versucht, dem Tarifgedanken energisch zu Leibe zu rücken. Sogar auf einer Konferenz der Arbeitsschlichter, die im Jahre 1904 zu Wernigerode im Harz tagte, wurde zu den Tarifverträgen Stellung genommen. Der Referent führte hierzu folgendes aus: Es spreche alle Möglichkeit dafür, daß die Schmutzkonzurrenz durch die Tarifverträge verringert und der Frieden auf einige Zeit gestärkt wird. Aber es sprechen 6 Punkte gegen die Tarifverträge und zwar folgende:

1. Durch den Tarifvertrag wird der Arbeitgeber, nicht aber der Arbeiter zwingend gebunden.
 2. Die Ansammlung großer Gewerkschaftsklassen erhöht die Streikgefahr nach Ablauf des Tarifs; auf eine kurze Zeit scheinbaren Friedens folgt fast immer ein so härterer Kampf.
 3. Die Dispositionsfreiheit des Unternehmers wird in erheblicher Weise beschränkt, die Existenzfähigkeit mancher Industriezweige in Frage gestellt.
 4. Die Durchführbarkeit eines Tarifvertrages ist für viele Gewerkschaften sehr fraglich. Je mehr sich unsere Industrie zum Kunstgewerbe entwickelt, desto geringer wird die Möglichkeit, Tarifverträge durchzuführen.
 5. Die Tarifgemeinschaften werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als ein Mittel zur Ausdehnung ihres Einflusses gebraucht und müssen daher eine gefährliche Waffe gegen das Unternehmertum werden.
 6. Die Tarifverträge sind durch Einführung des Mindestlohnes und durch Verringerung der Arbeitszeit geeignet, die Leistungen der Arbeiterschaft wesentlich herabzudrücken.
- Diese Beispiele, in denen die Stellung der Unternehmer gegen die Tarifverträge zum Ausdruck kommt, liegen sich ohne weiteres vermehren.

Zur Erwerbslosenunterstützung.

Es ist eine alte parlamentarische Gepflogenheit, daß am Schlusse der Debatte die persönlichen Bemerkungen folgen, und über je mehr Mutterwitz dann die Betreffenden verfügen, desto besser gelingt es ihnen, dem Widerpart einige Boshheiten zu sagen, ohne schließliche gegen die parlamentarische Ordnung zu verstoßen. Ja, sehr oft sind die Redner auf Seiten des Boshafteren, ohne daß seine Bemerkung auf die Sache selbst irgendwelche Bedeutung hat.

Jetzt (sicheres nach) Schluß der Debatte über die Erwerbslosenunterstützung auch die persönlichen Bemerkungen zu folgen, und Kollege A. Schlegel hat den Anfang damit gemacht. Die Bemerkung des Kollegen Schlegel gegen meine Ausführungen in Nr. 14 ist freilich etwas lang geraten, ist auch gepulst mit einem „Wiß“ von dem, der die „Wahrheit“ gleich bei der Geburt einflüßelt, aber widerlegt hat er meine Ausführungen damit nicht. Wenn er nun dabei noch „Bemerkungen“ will ich aber doch, wenn Schlegel sich nochmals auf seine Beweisführung beruft, diese durch die Wiederholung nicht richtigert wird; auch dann nicht, wenn er sich als „Rate aus dem Brauereibereich“ vorstellt. Ich habe keine Gründe im „Steinarbeiter“ mit den Tatsachen verknüpfen, und sehe gar nicht ein, daß man kann den Befund nicht mit dem richtigen Namen nennen soll? Es ist immer meine Art gewesen, zu sagen, was ist, und so werde ich es auch ferner machen. Schlegel schreibt in bezug auf meine Schlussfolgerungen zu seiner Kritik: „Nun, was ist durch diese Ausführungen bewiesen? Nichts!“ ruft er aus. Ja, Kollege Schlegel, da haben wir ja wieder das Verleihen der wirklichen Sachlage! Ich habe das Verleihen der Gegenüberstellung nachgemessen und daraus die betreffende Schlussfolgerung gezogen, die Dich anscheinend gekränkt hat, aber nicht sollte; sie sollte auch auf die Vorlage gar nicht beweisen, sondern war eine Kritik der Kritik! Nun schreibt Schlegel weiter: „Wenn man etwas empfiehlt, muß man die Licht- und Schattenseiten zugleich dem Leser voranschaulichen.“ Ich frage: Wad ist dieses nicht getan? Les doch meine Begründung in Nr. 50, Jahrgang 1913, des „Steinarbeiter“ nach, und dann prüfe, ob Deine Begründung richtig ist. Allerdings konnte ich mich nicht zu der schlaffen Objektivität des inneren und andererseits aufschwingen, wie es Schlegel in obiger Bemerkung verlanat. Ich bin Anhänger der Unternehmertum, Arbeitsschlichter in unserm Verbands, und dementsprechend ist die Vorlage behandelt, die ja auch mein Produkt ist. Ich habe nun keine Zeit und auch keine Lust, mich in meinen persönlichen Auseinandersetzungen mit dem einen oder anderen zu ergehen, dem ich schließlich auf die Bühnenangene getreten haben soll; auch fehlt es mir an einer wichtigen Ader, aber eine alte Weisheit ist: Wer kritisiert, muß sich auch lassen, daß er wieder kritisiert wird, ohne daß Veranlassung vorliegt, die „gekranke Leber“ zu spielen! Außer dem Kollegen Schlegel haben sich noch andre getroffen gefühlt. Aber deshalb können wir doch ruhig und so sein: Man muß alles nieder in der Gewerkschaften gehört, mit denen die Unterstützung Arbeitsschlichter in

unserm Verbands verwirklicht werden kann, damit nehme ich gern ein paar Wehen in Kauf und lasse mich zur Abwechslung auch einmal von „unten apostrophieren“.

H. v. S. Siebold.

Richtigstellung.

Im Versammlungsbericht von Strehlen ist darauf verwiesen, daß ich die Arbeitslosenunterstützungsvorlage als unannehmbar bezeichnet habe. Bei meinen Ausführungen in der genannten Versammlung erwähnte ich auch die Debatten in den verschiedenen Versammlungen, die dahin zielten, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt nicht annehmbar sei und der Verbandstag für die Beilegung der Parteien eintreten müsse. Ich habe nie gegen, sondern für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung gesprochen und ist in allen Versammlungen innerhalb der Hartsteinindustrie Schlesiens, in welchen dieser Punkt behandelt wurde, nur zweimal gegen die Einführung plädiert worden, sonst haben nur einzelne Kollegen gegen die Kürzungen und die volle Beitragsleistung Stellung genommen, allgemein aber der Einführung zugestimmt. Ausdrücklich sei konstatiert, daß ich für die Annahme der Vorlage sprach unter Berücksichtigung dessen, daß noch einige Parteien ausgemerzt werden müßten. Der Strehlener Versammlungsbericht ist somit nicht zutreffend. Da es sich um eine Zahlstelle mit über 800 Mitgliedern handelt, halte ich eine Richtigstellung für geboten.

Georg Steininger.

Vom Regensburger Gaugaug.

Am 12. und 13. April tagte in Regensburg im Augustinerbräu die 8. Konferenz des 7. Gauces, Erst- und Zweit- waren 42 Delegierte aus 28 Zahlstellen sowie die gesamte Leitung. Der Zentralvorstand war durch Staudinger vertreten. Nachdem die Tagung durch ein sehr wirkungsvoll vorgetragenes Lied des Arbeitergesangsvereins Regensburg eingeleitet war, wurde zur Wahl der Vorstandschaft geschritten.

Die vorgelagerte Tagesordnung wurde angenommen.

Zum 1. Punkt ergänzte Kollege Mittenmeier in zweifelhäftigen Ausführungen den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, wobei er in erster Linie den kulturellen Zustand in verschiedenen schwarzen Winkeln des Gauces betonte. Er ging dann zur Schilderung über Ursache und Wirkung der herrschenden Wirtschaftskrise über. Ganz entscheidend müsse gegen das Vorgehen des Rates der Stadt Nürnberg Front gemacht werden, der in letzter Zeit auch hier Vorkursvorschriften über Materialverwendung herausgibt. Die bayrische Regierung hat wiederholt versprochen, für Verwendung von Naturstein zu wirken. Was von diesem Versprechen zu halten sei, kann man an vielen Bauten, so an einem Staatsbau in Straubing, sehen. Neben kam weiter auf die große Situation in den Zahlstellen zu sprechen, die er tabellarisch festgehalten hat. Hier einzugreifen, muß den Verwaltungen dringend anheimgestellt werden. Erfreulich ist, daß trotz der Krise und der Fluktuation eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen ist. Zu bebauern seien die immer wiederkehrenden Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband. Er streifte dann kurz die Lohnbewegungen, die Schlichtergerichte, den Bauarbeiterkongress usw., und dankte zum Schluß allen, die ihn in seiner Tätigkeit unterstützt haben.

Zu diesem Punkt stellte die Zahlstelle Schwarzenbach den Antrag, die Gaukonferenz am Sonntag und nicht wie bisher, an Feiertagen abzuhalten. Nachdem vier Diskussionsredner sich zu dem Geschäftsbericht geäußert hatten, wurde der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, der leider auch angenommen wurde. (Nun des Schriftführers. Hiergegen soll in den Zahlstellensammlungen Front gemacht werden, denn es liegt hier nicht im Interesse des Verbandes, wenn den einzelnen Delegierten die Möglichkeit genommen wird, sich ihrer Aufträge zu entledigen.) Der Antrag Schwarzenbach wurde einstimmig angenommen.

Zum 2. Punkt: Organisation und Agitation, gibt Bezirksleiter Hoffmann an Schwarzenbach einige praktische Winke, die durch die Kollegen Staudinger und Mittenmeier ergänzt wurden. Hierbei gibt Kollege Staudinger die Erklärung ab, dahin zu wirken, daß den Bezirksvertrauensleuten in bezug auf Agitation mehr Selbstbestimmtheit gelassen wird. Auch soll der Versuch unternommen werden, Flugblätter mit kurz und treffend gehaltenen Stichwörtern an die Zahlstellenfunktionäre zu verteilen.

Zum 3. Punkt: Taktik bei Lohnbewegungen, Streiks und Schlichtergerichte, behandelte Staudinger den Umschwung in der Bekleidungsbranche, wie überhaupt in der Produktionsweise, wobei sich auch unsere Taktik ändern muß. Er stellt fest, daß das Vertrauen der Führer und Mitglieder gegeneinander erheblich besser geworden ist, was für die Zukunft von großem Nutzen sein wird. Die durch Lohnbewegungen erzielten Erfolge sollen durch die Kollegen nicht immer so verkleinert werden.

In der anschließenden, sehr regen Debatte spricht Mittenmeier sich für größere Tariffreiheit aus und legt eine Resolution vor, deren Annahme er empfiehlt. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die heutige Konferenz nimmt mit Genugtuung das Referat entgegen. Das Bestreben des Steinarbeiterverbandes für die Errichtung eines Zentralschlichtergerichts wird begrüßt. Die Konferenz empfiehlt die Errichtung eines Ressorts für Tarifwesen und wünscht ferner die Ausarbeitung von Tarifgerichten für die einzelnen Berufsgruppen, die den Gauseitern bei den Tarifbewegungen als Unterlagen dienen sollen.“ — Die Resolution wurde einstimmig angenommen, obwohl einige Delegierte sich nicht besonders für Schlichtergerichte erwärmen können.

Zum 4. Punkt: Erwerbslosenunterstützung, referiert ebenfalls Staudinger. Er geht insbesondere auf die bisherige Stellung der Hartsteinarbeiter gegenüber dieser Frage ein und gibt zu, daß auch er früher ein Gegner einer solchen Einrichtung war. Aber nicht aus prinzipiellen Gründen. Bei der heutigen Gruppierung im Verband kann und muß diese Unterstützung eingeführt werden. Die minimale Beitragsverhöhung kann kein Grund mehr sein, etwa gegen die Vorlage zu stimmen. Neben hofft, daß sich auf dieser Konferenz, die sich zu 88 Prozent aus Delegierten der Hartsteingruppe zusammensetzt, ebenfalls schon eine Mehrheit finden möge. Unser Verband ist heute reif für die Einführung dieser Unterstützung; tun wir deshalb alles, um in Dresden für die Vorlage eine große Majorität zu bekommen. (Lebhafter Zustimmung.)

In der Diskussion trat Kollege Mittenmeier sowie die Kollegen Fuchs, Senft-Schloß und Fischer-Augsburg für die Erwerbslosenunterstützung mit Nachdruck ein. Einige Kollegen dagegen sprachen die Zurückhaltung aus, durch die Beitragsverhöhung Mitglieder zu verlieren.

Nachstehende Resolution wurde mit 26 gegen 13 Stimmen und 8 Enthaltungen in allgemeiner Abstimmung angenommen:

„Die heutige Gaukonferenz ist sowohl durch die Artikel im „Steinarbeiter“, als auch durch die Ausführungen Staudingers überzeugt worden, daß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung möglich ist, daß ferner durch den heutigen Umschwung in der Produktionsweise einerseits, durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung durch verschiedene Gemeinden andererseits, diese Einführung auch für unsern Verband zur dringenden Forderung wird. Die Konferenz erhofft aus der Tagung des Dresdener Verbandstages

auch die Befestigung einiger Säulen aus der vorliegenden Vorlage und somit die endgültige Lösung dieses wichtigen Problems. — Das Resultat der geheimen Abstimmung wurde mit großer Genehmigung aufgenommen.

Zum 5. Punkt: Gaukauer betreffend, ist von der Zahlstelle Wüchler der Antrag gestellt, dieselbe aufzuheben, der auch von den Delegierten L. S. Fichtelgebirges bekräftigt wurde. Die Kollegen Mittenmeier und Senft sprechen gegen die Aufhebung, da es dadurch den kleinen Zahlstellen unmöglich wird, die Gaukonferenz zu besichtigen. Senft kritisiert die Haltung der Münchner Kollegen in dieser Sache. Der Antrag wurde jedoch mit 26 gegen 16 Stimmen angenommen. Beschlossen wurde weiter, daß die Zahlstellen, die mit der Gaukauer im Rückstand sind, diese für das vergangene Jahr nachzurechnen haben. Ein Antrag, den Bestand der Gaukauer der Gauleitung zur Vertreibung der Agitation, Ausbau der Gaumandbibliothek usw. zu belassen, wurde einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag Mittenmeier, jeder Zahlstelle es zu überlassen, wieviel Delegierte sie zur Gaukonferenz senden will, gegen eine Stimme angenommen.

Bis vor zwei Jahren soll auch heuer wieder eine Petition über Einhaltung der Bundesratsverordnung an die entsprechenden Behörden abgehandelt werden.

Nach dem kernigen Schlusswort des Vorstandsvorstehers war das Ende der Konferenz erreicht. Festgehalten zu werden verdient, daß die Diskussion in sehr ruhiger und sachlicher Weise vor sich ging, wofür den Delegierten auch hier die Anerkennung ausgesprochen sei.

F. Loh.

Faver Senft, Schriftführer.

Vom Würzburger Gaugang.

Am Donnerstag eröffnete um 11 Uhr 10 Min. Gauleiter Kohle die Konferenz des S. Gaues mit einem herzlichen Willkommen. Anwesend war vom Zentralvorstand Kassierer Geist, außerdem waren 41 Zahlsteller durch 50 Delegierte vertreten. Etliche Zahlstellen waren nicht vertreten. Nach vorgenommener Wahl des Bureaus gelangte die Tagesordnung, desgleichen die aufgestellte Geschäftsordnung zur Annahme.

Kollege Geist erörterte noch verschiedenes zu dem im Druck erschienenen Bericht und ermahnte die Kollegen, bei Tarifverhandlungen die Schiedsgerichte, auch wenn dieselben nicht immer zu unsern Gunsten entscheiden, in Anspruch zu nehmen. In begründeten Fällen die Errichtung eines Zentralschiedsgerichts. Die Delegierten wurden aufmerksam gemacht, in ihren nächsten Versammlungen das Verlesen der Statuten zu betätigen, um die Mitglieder mit denselben vertraut zu machen.

Es folgte die Bekanntgabe des Kassierberichts. Kollege Dölllein bestätigte die Richtigkeit desselben. Darauf wurde dem Gauleiter Gedanke und Anerkennung für seine musterhafte Kassierführung erteilt.

Zur Bildung und Bereicherung ihres Wissens ist den Mitgliedern stets das Halten der Parteipresse zu empfehlen und dies bei allen Gelegenheiten den Mitgliedern bekanntzugeben. Ebenso soll sich das Zutragen unserer Mitglieder zu den Kollegen, die in Tarifkommissionen oder sonstigen Vertrauensposten Verwendung finden, heben, und soll man nicht in denselben nur die Bremser sehen.

Kollege Geist beantragte auch daselbe für den Zentralvorstand; denn nur durch sachgemäßes Verhalten kann und soll uns unser Verlangen zum Besten unserer Mitglieder erhalten bleiben.

Durch die Neueinrichtung der Gaue hat auch die Arbeit unseres Kassierers zugenommen; es werden daher die Kollegen dringend ersucht, die Kleinarbeit selbst zu betätigen. Anrufe sollen nur in wirklich dringenden Fällen von den Zahlstellenvorstehenden gemacht werden, um dem Verbandsamt unnötige Kosten zu ersparen.

Ziel Arbeit brachte die Erneuerung des Bezirksstatuts für das Aufschlagsgebiet, der neben der Verbesserung des technischen Aufbaues auch einige Aufbesserungen in verschiedenen Positionen brachte. Dieser Tarif gilt für 96 Betriebe an 25 Orten mit 1100 Kollegen. Auch der Maintalstatut kam zum Ablauf, doch waren die Kollegen einige Wochen ausgesperrt, und kam dann der sogenannte Kilometerstatut mit einigen Verbesserungen zur Annahme.

Beim Nichterscheinen von Kollegen auf Grund des von den Unternehmern eingeführten Entlassungsstatuts soll sofort an Gauleiter Kohle berichtet werden, damit hier Hilfe geschaffen wird. Der Verzicht auf die kleineren Zahlstellen soll in einer Bezirksversammlung nähergetreten werden, da dies besonders bei Einführung der Erwerbslosenversicherung von Vorteil ist. Die Anträge der Gaukommission wurden einstimmig angenommen, ebenso die Herabsetzung der Gaukauer auf 1 Pfg. pro Marke.

Zum Punkt Tarif beleuchteten einige Kollegen die Sicht- und Schattenseiten der Zeitlohn- und Akkordlohnart. Material zum Tarif soll eifrig gesammelt und zur Verfügung gestellt werden. In Zukunft soll auch den sachlicheren platten Arbeiten mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Tarifbrüche seitens der Unternehmer sind sofort dem zuständigen Gewerkschaftsgericht zu überweisen.

Die Diskussion über den Punkt Stellung zum Verbandsstatut war interessant. Kollege Geist begründete die Erwerbslosenversicherung nach der Vorlage des Zentralvorstandes in recht eingehender, sachlicher Weise. Die meisten Kollegen waren überzeugt, daß die Einführung der Erwerbslosenversicherung eine Notwendigkeit sei und einen weiteren Schritt nach vorwärts in der sozialen Selbsthilfe bedeute. Selbstverständlich müßte man auch die Opfer hierzu tragen. Die der Vorlage noch anhaftenden Mängel möchten die Delegierten auf dem Verbandstag in Dresden noch regeln. Kollege Geist wird den guten Eindruck, den er bei den Verhandlungen gewonnen hat, nicht so schnell vergessen. Die Sachlichkeit und Objektivität, mit der die Kollegen sich ihrer Aufgabe aufgaben, wird auch den Gegnern die größte Achtung und Respekt abringen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wurde die Konferenz geschlossen.

Franz Haam, Schriftführer.

Korrespondenzen.

Bremen. Am 16. April tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung, welche der wichtigen Tagesordnung nach sachlich verlauf. Der Vorsitzende, Kollege Haam, gab einen kurzen Überblick von der Sozialbewegung der Sandheims, wie auch Gewerkschaften. Der Stundenlohn wurde für dieses Jahr von 45 Pfg. auf 55 Pfg. und ab 1. April 1915 auf 1 Mk. erhöht. Auch sind im Arbeitsvertrag keine Aufbesserungen zu verzeichnen, so daß wir mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Die Quartalsabrechnung gab der Kollege Haam. Die Einnahme von 1370,55 Mk. steht eine Ausgabe von 1075 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 295,55 Mk. verbleibt. Das Rechnungswesen hat sich bis auf einige Kollegen, die sich an Pünktlichkeit nicht gewöhnen können, verbessert. Auf Antrag des Kollegen Güters wird der Kassierer entlassen. Da der Kollege Haam sein Amt als Kassierer niedergelegt, wurde an dessen Stelle der Kollege Pöppel gewählt. Der Bericht von der Gaukonferenz gab der Kollege Haam in ausführlicher Weise. Bei der Diskussion, die wie man weiß, wurde herbeigeführt, daß auch auf der Gaukonferenz der Antrag zum Verbandstag gestellt werden konnte, so daß die Kollegen doch viel wichtiger seien, als die der einzelnen Zahlstellen. Zur Erwerbslosenversicherung war man der Meinung, daß auf dem Verbandstag ein Gesetz erlassen, aber nicht durch die Zahlstellen werden müßte. Bemängelt wurde das Verhalten des Gauleiters in der Sache Entlassungsstatut. Zum Punkt Statistik wurde nach dem Bericht des Gauleiters, den 1. Mai durch gemeinsame Arbeit der Kollegen nach Kollege Haam eine abschließende Zusammenfassung der hiesigen Statistik festgestellt, erfolgte um 12 Uhr die Tagung.

Essen. Am 11. April tagte unter dem Vorsitz von Haam die Konferenz der hiesigen Zahlstellen, welche am 11. April in der Betriebsstätte tagte. Der Vorsitzende, Kollege Haam, gab einen Überblick über die Tagesordnung, welche am 11. April in der Betriebsstätte tagte. Der Vorsitzende, Kollege Haam, gab einen Überblick über die Tagesordnung, welche am 11. April in der Betriebsstätte tagte.

Vorstand nochmals mit innigen, herzlichen Worten unseres langjährigen und treuen Mitgliedes, des Kassierers Bruno Reichold. Die Versammlung erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Einer unserer Besten ist in Bruno Reichold von uns geschieden. Scheinbar gesund, kam uns sein Tod überraschend. Er hat nur ein Alter von 44 Jahren erreicht. Und doch war er über ein Vierteljahrhundert Mitglied, und zwar ein treues Mitglied, unserer Gewerkschaft. Mehr denn zwei Drittel seines Lebens war er tätig in Dienste der Organisation, war er unablässig bemüht, die Agitations- und Organisationsarbeit zu fördern, zum Wohle der Allgemeinheit. Immer tätig zu sein für seine Kollegen, sein Wissen und seine Kenntnisse dazu zu verwenden, seinen Mitkollegen ein erträglicheres Los zu bereiten, galt ihm als heiligste Aufgabe seines Lebens. Frühzeitig hatte er den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenstehens erkannt. Unablässig und mit Beharrlichkeit war er bestrebt, das für richtig Erkannte zu fördern, dem Recht ein Beschützer zu sein. Viele Jahre war er tätig in unserer Zahlstelle als Kassierer und auch als 1. Vorsitzender. Noch bis zur letzten Jahresabrechnung lagen beide Ämter in seinen Händen. Ihm nochmals an dieser Stelle zu danken, entspringt unserer aufrichtigen Anerkennung für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Gewerkschaft. Alle, die den Verstorbenen gekannt, werden ihn in ehrender Erinnerung behalten. — Den Bericht über die Quartalsabrechnung erstattete der Kassierer und Vorsitzende A. Köhler. Es wurde ihm Entlassung erteilt. Den Bericht über die Gaukonferenz erstattete ebenfalls A. Köhler. Besonders erwähnenswert ist die Annahme folgender Resolution: „Der Verbandstag wolle die Einführung der Erwerbslosenversicherung beschließen.“ Zu betonen ist, daß für diese Resolution nur eine Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Unter gewerkschaftlichem wurde das Verhalten der Firma P. Richter, welche die letzten Schiedsgerichtsentscheidungen vom 17. Dezember 1913 nicht anerkennt, einer scharfen Kritik unterzogen. Die am Streit beteiligten Kollegen sind gewillt, eventuell beim Gewerbegericht einen Einscheid herbeizuführen.

Köln. Am 5. April tagte im Gasthaus zum Kronprinz unsere Monatsversammlung, welche gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 1751,90 Mk., die Ausgabe 1147,07 Mk. Somit bleibt ein Kassenbestand von 604,83 Mk. Dem Kassierer wurde für seine gute Führung der Kasse und Bücher der Dank ausgesprochen. Dann wurde Bericht erstattet über die Gaukonferenz. Der wichtigste Punkt war die Einführung der Erwerbslosenversicherung. Nach längeren Auseinandersetzungen sind auch die hiesigen Kollegen zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden müsse. Die Kollegen werden es wohl selbst merken, daß der Geschäftsgang nicht so glänzend steht, als im vorigen Jahre. Kollege Wagner berichtete, daß durch die neue Gaueinteilung wir nicht mehr zum 3., sondern zum 2. Gau gehören. Den Kollegen im Grünsteinwerk Wieja, welche sich jetzt der Organisation angeschlossen haben, ist es diesmal möglich geworden, mit der Firma einen Tarif abzuschließen. Die Kollegen arbeiteten bis jetzt ohne Tarif; dadurch hatte der Unternehmer im Winter die Macht, die Löhne herabzusetzen, was durch den Tarifabschluß wegfällt. Wir hatten der Firma einen Tarif vorgelegt. Derselbe wurde jedoch von Herrn Hühne nicht angenommen. Es wurde bis jetzt das Handwerkszeug und die Schärfe vom Unternehmer gestellt, was aber durch den neuen Tarif wegfällt. Es wurde aber ein Zuschlag von 10 Proz. auf den Lohn bewilligt. Die 5 Prozent, welche die Kollegen bis jetzt auf Schärfe zahlen mußten, kommen in Wegfall. Auch die Löhne der Abräumer und Brecher sind durch den Tarifabschluß erhöht worden. Das Ergebnis der Tarifverhandlung ist somit für die Kollegen zufriedenstellend. Wenn auch nicht allen Kollegen vollständig Rechnung getragen werden konnte, so ist doch immer zu sehen, daß wir durch das Zusammenhalten der Kollegen und das geschlossene Arbeiten der Lohnkommission einen annehmbaren Erfolg erzielt haben. Darum, Kollegen, haltet fest zur Organisation, dann werden auch weitere Erfolge nicht ausbleiben. In verschiedenen wurde noch angeführt, daß als Ortsgruppen den durchreisenden Kollegen Schlafstätten verabfolgt werden sollen.

Böbau-Dppach. In der am 5. April in Beiersdorf stattgefundenen Versammlung referierte unser neuer Gauleiter, Kollege Steuinger, über das Thema: Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften. In gefälliger Vortragweise verstand Steuinger, die zahlreiche Zuhörerschaft zu fesseln. Von der historischen Vorläuferin der Gewerkschaften bis zur heutigen modernen Arbeiterbewegung wurde der reichhaltige Stoff in übersichtlicher Ausführungen behandelt. Die einseitige Profitinteressenwirtschaft des mittelalterlichen Zunftwesens mußte allmählich dem Wesen des Großkapitals weichen. Es bildeten sich nun Arbeitervereinigungen, welche in erster Linie politische Rechte erkämpften und sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschafften. Redner streifte dann in kurzen Zügen die Zeit des Sozialistengesetzes. Trotz der Anfeindungen griff der Geist der modernen Arbeiterbewegung immer weiter und die Gewerkschaftsorganisationen wuchsen zu mächtigen und anerkannten Kulturorganisationen heran. Welche kulturellen Werte das fördernde Gewerkschaftswesen dem deutschen Arbeitervolke gebracht hat, ergeben die zahllosen Bildungsanstalten der Organisationen. Durch gute Bibliotheken und Vortragszyklen und andre Veranstaltungen wird den breitesten Arbeiterschichten auf allen Gebieten des Wissens, der Literatur und Kunst Rechnung getragen. Vor allem hervorzuheben ist die ausgebaute Arbeiterpresse. Neben den ideellen Bestrebungen treten die wirtschaftliche Vorbereitungs- und die bedeutenden Unterhaltungsanstalten in den Vordergrund. Trotz alledem bleibt uns aber noch sehr viel Arbeit übrig, nämlich die, die gesamte Arbeiterklasse als ein geschlossenes Ganze herzustellen. Redner befaßte sich mit dem Redner. Nach der Berichterstattung von der Gaukonferenz durch die Delegierten Mehrfort, Heinrich und Koch, bei welcher sich eine ausgedehnte Debatte über die geplante Neueinführung der Erwerbslosenversicherung entspann, wurde auch der Streit bei der Firma Kalauch in Soltau in Betracht gezogen. Die Ansprache hierüber ergab den Beifall der Anwesenden für das gute Verhalten der Streikenden. Da eine Einigung mit dem Unternehmer leider nicht erzielt werden konnte, dauert der Ausstand bis auf weiteres fort. Auf Anregung des Kollegen Hühne fand noch eine kurze Ansprache über das Reuauftauchen der „Friedhofskunst“, welche bedeutende Nachteile hauptsächlich für unsere Schleifer bringen kann, statt.

Mittelstein. (Zur Aussperrung der Sandsteinarbeiter in der Heuschener.) Am 21. März d. J. kündigten die Steinmänner den alten Tarif und reichten eine bescheidene Lohnforderung ein. Die Unternehmer boten jedoch den Steinmännern an, die Verbesserungen bedeutende Verschlechterungen an. Sie bestanden ferner auf Abschaffung des Bundesrechts und Nöherung des Schiedsgerichts. Da viele Tarifdifferenzen vorliegen, können wir uns das Bundesrecht nicht nehmen lassen, denn nur dadurch können wir noch zu unserem Rechte kommen. Was nun die Nöherung des Schiedsgerichts betrifft, so ist das Anerbieten der Unternehmer unannehmbar. Weil wir nun unsere Forderungen nicht zurückgeben, deshalb sperren uns die Unternehmer ab und weichen aus. Eine sehr große Anzahl, namentlich junge Arbeiter, ist abgereist, weitere folgen noch. Die Einigkeit und Haltung der ausgesperrten Steinmänner ist eine geradezu musterhafte und kein vernünftig denkender Mensch dürfte uns die Sympathien verweigern. Ausgenommen hiervon ist das Neurodacher „Schiedsgericht“, das wieder einmal, wie schon so oft, für die Arbeiter nichts übrig hat. Wenn man nun die Berichte des Neurodacher „Schiedsgerichts“ liest, kommt man auf den Gedanken, daß es wohl ein Unternehmer geschriebenes haben muß. Wir halten hier im Augenblick aus und haben das Bewußtsein, daß wir einen vollen Sieg erringen werden. Die Kollegen sind teilweise abgereist und den Anwesenden wird es schwer fallen, nach Beendigung des Kampfes wieder zurückzukehren aufzutreten, denn bei der Arbeitsvermittlung haben nämlich die Kollegen auch ein Wortchen mitzureden. So geht es uns nicht, daß wir die Unternehmer nach Belieben beschließen lassen. Sie sollen uns hier in der freiwilligen Weise ausgesperrt, nun müssen sie auch die Folgen im vollen Umfang tragen.

Mihla. Der Kampf der Maurer und Steinhauer bei der Firma Schlothauer er hat nicht nur an, sondern nimmt mit jedem Tage schärfere Formen an. Herr Schlothauer glaubte mit seiner Ueberumpelung die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, muß nun aber erleben, daß die Arbeiter fest zusammenstehen und ihre Rechte verteidigen. Damit hatte er nicht gerechnet. Er glaubte, in einigen Tagen würden seine Arbeiter unter sich einig. Und nun muß er erleben, daß er dadurch seine Arbeiter erst recht zusammengeführt hat. Wo man sich sonst nicht mehr anders helfen kann, wird, wie immer in solchen Fällen, die Polizei und Gendarmerie als Stütze des Unternehmertums herangezogen. Der morgens und abends nach Mihla kommt, muß den Eindruck erhalten, hier herrsche der Belagerungszustand. Bis zu sieben Gendarmen und der Polizei von Mihla belagert den Bahnhof, in dessen Nähe sich der Platz von Schlothauer befindet. Auch die Steinbrüche in der Umgegend werden von Gendarmen belagert. Sobald die Arbeitswilligen die Arbeit verlassen, werden sie von den Gendarmen in Empfang genommen und nach Hause begleitet. Ein Grund für diese Maßnahme liegt nicht vor, denn die Streikenden haben sich in keiner Weise etwas zuschulden kommen lassen. Alles, was sich in Mihla nicht direkt im Schlepptau der Firma Schlothauer befindet, läßt über diese Maßnahme. Die auswärtigen Kollegen sind alle abgereist. Die paar Mann, die noch im Betriebe sind, sind entweder alte Leute oder Poliere Schlothauers, bei denen er, wie er sagt, Geld zulegt.

Leinabrück. Terrorismus im wahren Sinne des Wortes hat die Firma Heilmann u. a. Braßard getrieben. Einem Schriftbauer, welcher gekündigt hatte, um den Schikanierungen zu entgehen, sollte für dieses Vergehen die Arbeitslosigkeit hier am Orte verhängt werden. Selbst die Firma telefonierte an die hiesigen Firmen, den Schriftbauer nicht einzustellen. Die Firma machte in hiesigen Blättern die größten Anstrengungen, um einen Schriftbauer zu kapern, doch ist das hier nutzlos geblieben. Dieses den Kollegen zur Kenntnis.

Prenzlau-Pasewalk. Am 12. April fand im Gewerkschaftshaus zu Pasewalk eine Monatsversammlung statt. Eröffnete hierzu war auch der Vorstand aus Prenzlau. Vertagt wurde der unpolitische Besuch einiger Pasewalker Mitglieder. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Kasse befindet sich in bester Ordnung, welches die Revisoren bestätigten. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Darauf gab Kollege Müller einen umfassenden Bericht von der Gaukonferenz. Nach eingehender Diskussion hierzu wurde ein Agitationskomitee für den Bezirk Prenzlau gewählt. Es handelt sich hier besonders um die Steinbrüche der Pasewalker Umgegend. Dann wies der Kartelldelegierte in seinem Bericht auf die am 3. Mai in Prenzlau stattfindende Meißner hin. Hierauf kamen Beschlüsse der Pasewalker Kollegen zur Sprache. In Frage kommt hier nur der Platz K. Hunger, wo vier Kollegen, darunter drei Beheratete, beschäftigt werden. Der Lohn beträgt 40 Pfg. die Stunde bei sechsstündiger Arbeitszeit. Sehr kritisiert wurde das Verhalten eines Kollegen daselbst, der sich Meißner, Geschäftsführer und dergleichen tituliert. Es ist zwar 1913 ein Tarif geschlossen worden, derselbe wurde aber von den Firmen Hunger, Pasew, Paenisch und Schirmeister-Prenzlau abgewiesen.

Schwab. (Schwarzwaldb.) Am 18. April fand im Gasthaus zum Adler unsere Quartalsversammlung statt, welche schlecht besucht war. Zuerst verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dann erstattete Kollege Krüger Bericht von der Gaukonferenz in Karlsruhe. Unter Punkt verschiedenes wurde von den Kollegen im Betriebe Dreyer, Schwarzwaldbach, lebhafte Klage geführt über zu schlechtes Material. Das Material, welches im Tagelohn gekauft wird, müßten sich die Kollegen erst kaufen (!); da heißt es einfach, wer das meiste Bier bezahlt, bekommt die schönsten Steine, und die andern müssen sich mit dem schlechtesten Material begnügen. Als neulich die Lohnkommission bei Herrn Thiele vorstellig wurde wegen eines Kollegen, der mehr Lohn forderte, was er auch sicher verdient, da hatte Herr Thiele nur ein streiktes Nein! Als ihm darauf ein Kommilitone mitteilte, daß der Betreffende ebenfalls das Arbeitsverhältnis lösen werde, gab er zur Antwort: „Von mir aus könnt ihr alle gehen!“ Thiele denkt sich einfach, wenn wir auf gehen, dann kommen wieder drei. Sollte sich jemand hierher verirren, so hat er sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Welschenhütten. Am 18. April fand im Saale zum Reichsadler eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Kampf im Fichtelgebirge. Als Redner war Kollege Siebold erschienen. Er schilderte eingehend die Entwicklung der Unternehmervorgänge und verwies darauf, daß die Kämpfe immer nachdrücklicher werden. Der Steinarbeiterverband hat sich schon entwickelt, so daß wir finanziell sehr gut dastehen. Redner ging dann auf die Aussperrung im hiesigen Gebiet ein und kennzeichnete das Verhalten einiger Unternehmer. Die Disziplin unter den Aussperrten sei eine gute, hoffentlich bleibe dieses auch so. (Lebhafte Beifall.) Nach einem kräftigen Schlusswort des Redner wurde die musterergültige Versammlung geschlossen.

Steinausschreibungen.

Finanzdeputation in Hamburg. Steinmetzarbeiten für das Stationsgebäude des Bahnhofes Hühnefeld. Agl. Eisenbahnbaupolizei in Mülhader. Lieferung von 2600 Kubikmetern Vorlage aus Muschelkalk und 4200 Kubikmeter Schotter aus Muschelkalk für den Bau eines Ueberholungsgleises. Agl. Eisenbahnbetriebsamt 2 in Nordhausen. Lieferung der Granitplatten und Granitplatten (zirka 12 Kubikmeter) für den Peronentunnel. Kreisbauinspektion in Offenbach. Steinmetzarbeiten zur Erbauung einer evangelischen Kapelle für Mühlheim a. M. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues in Karlsruhe. 2. Steinhauerarbeiten in Granit für den Neubau des Kraftwerks bei Nordach. Agl. Eisenbahnbaupolizei in Ludenwalde, Friedrichstraße 40. 1. Erd-, Maurer-, Kuppel- und Steinmetzarbeiten zum Neubau der Ueberführung der Militärreisbahn. Eisenbahnbetriebsamt II in Tilsit. Lieferung von 530 Tonnen geschlagenen Pflastersteinen 4. Sorte. Agl. Eisenbahnbaupolizei in Elm. Lieferung der Granitsteine zur Pflasterung einer 6000 Quadratmeter großen Fläche des neuen Ueberbahnhofs. Agl. Eisenbahnbetriebsamt III in Berlin NW. 40. Invalidentraße 51. Lieferung von Reichensteinen zur Neupflasterung von Fahr- und Radfahrplätzen auf dem Hamburg-Prester Güterbahnhof. Die Ausschreibungen für Straßenbaumaterialien haben in den letzten Wochen bedeutend nachgelassen.

Literarisches.

Hochlandblüten. Gedichte von Ludwig Lintner in Rietz erschienen. Ein Steinarbeiter und Verbandsmitglied ist unter die Dichter gegangen. Kollege Lintner, welcher als Marmorist bei der Firma Sieber in Rietzfelden (Oberbavarn) in Arbeit steht, hat einen 112 Seiten starken Gedichtband herausgegeben. Seine Hochlandblüten lesen sich vorzüglich, das Versmaß ist korrekt, dabei verfügt Lintner über eine große plastische Gestaltungsmöglichkeit. Die Lintnerschen Dichtungen zeigen, daß in Arbeiterkreisen sehr tüchtige und befähigt. Köpfe vorhanden sind. Unser Kollege hat nur eine mangelhafte Schulbildung genossen, er hat sich also durch eifriges Fleiß mit unendlichen Schwierigkeiten den Weg gebahnt, um sein literarisches Ziel zu erreichen. Wir können unseren Kollegen die Anschaffung der „Hochlandblüten“, welche zum Preise von 1 Mk. durch den Verfasser zu beziehen sind, nur bestens empfehlen. Die Kollegen schätzte Lintner stolz zu den ihrigen. Möchte es dem Dichter glücken, daß ihm auch weiterhin noch manches Lied aus der Feder fließe.

eingehalten. So sind keine Aufsenhaltsträume vorhanden, an Trinkwasser fehlt es gänzlich. Weil nun die Arbeiter nicht organisiert sind, konnten die Unternehmer so brutal handeln. Wir sind überzeugt, wären die Arbeiter dem freien Verbande, dem Reichsverbande, angeschlossen, so hätten die Arbeiter mit sich reden lassen müssen und hätten nicht so rasch ausgesperrt. Nun werden sogar drei Organisationen um die Niederwendiger Steinarbeiter, nämlich die katholischen Facharbeiter (Verband), übrigens ein totgeborenes Kind, der Keramarbeiterverband und der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Die Agitatoren der Facharbeiter sowie der christlichen Keramarbeiter haben nun gemeinsam auf die Freien und versetzen sich dabei gegenseitig auch noch Hiebe.

Ueber die Entwicklung der Organisationen bemerken wir folgendes: Im Jahre 1903 gaben die hiesigen Unternehmer Arbeitsordnungen heraus, sogenannte „Zuchttaubordnungen“. Die Steinarbeiter nahmen Stellung dagegen. Nun gingen einige zum Herrn Pastor und es wurde der Arbeiterverein, „Berliner Richtung“, gegründet. Die Steinarbeiter glaubten nun, dieser Arbeiterverein würde ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten. Aber es wurde im Jahre noch nicht ein Finger für die Arbeiterinteressen gerührt. Inzwischen wurde ein Kur-Unterstützungsverein gegründet, so wäre die Position

genügt dies vollständig. Die Verbandsleitung war auf den Konferenzen vertreten, denn es ist bedeutend besser, wenn etwaige Nichtigkeiten gleich an Ort und Stelle gemacht werden können. Zudem verfügen die Vorstandsvertreter, besonders bei der Tarifvertragsfrage, über eine ziemliche Erfahrung, die immerhin bei den Debatten zu diesem Punkte gut verwertet werden konnte.

Im allgemeinen waren die Konferenzen von den Zahlstellen sehr gut besucht. Dadurch kommt schon zum Ausdruck, daß die Zahlstellen sehr wohl das praktische Ergebnis einer solchen Tagung zu würdigen verstehen. Allgemein fiel auf — es befrägen dies alle Vorstandsmitglieder —, daß auf den Tagungen die Debatten überaus sachlich waren. Die Delegierten hatten natürlich auch ihre verschiedenen Monitas vorzubringen, denn bei uns wird mit dem Wehrausschuss nicht operiert; aber überall kam zum Ausdruck, daß sich unser Verband auch nach innen sehr gut entwickelt hat. Die berufsmäßigen Opponenten kamen auf den Gantagen nicht zur Geltung, und wo einer zum Würgen hinneigen wollte, wurde ihm aus den Reihen der Delegierten selbst in blühender Weise das Unmotiviertere seiner Handlungsweise klargestellt. Wir konstataren mit großer Genugtuung, daß die Erwerblosenunterstützung beinahe überall eine Mehrheit fand. Die Debatte im „Steinarbeiter“ hat sich zwar sehr stark ausgebreitet, aber hat Klären bewirkt. Die Argumente für oder gegen wurden hervorgehoben, und die Delegierten waren

einzelnen Meister zu bestimmen gesucht, von einer Verabredung zurückzutreten. Das Gericht sanktioniert nicht diesen Zwingens-terrorismus, ja es verlangt sogar unter Umständen von dem „ausbrechenden“ Zwingensmeister den völligen Verzicht auf eine selbständige Existenz, nur damit er „Freie“ gegen seine Organisation habe.

Der Fleischermeister erhaltete darauf bei der Staatsanwaltschaft gegen die Junger Anzeige wegen Mordanschlag, verurteilter Erpressung und Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Die Staatsanwaltschaft schneide aber ein Strafrecht ab, weil eine strafbare Handlung durch die Junger nicht vorläge.

Es handelt sich eben um eine Zwingens- und nicht um eine Arbeiterorganisation, und nicht um Arbeiterterrorismus, sondern um Unternehmerterrorismus. Und wer wagt da noch zu behaupten, daß mit zweierlei Maß gemessen wird?

Die Steinarbeiter werden sich dieses Urteil scharf im Gedächtnis behalten.

Rundschau.

Julius Lehmann f. Am 21. April verschied an einem Magenleiden der Geschäftsführer der Leipziger Volkszeitung, Julius Lehmann. Der Verstorbene war in der Leipziger Parteibewegung seit einem Menschenalter hervorragend tätig, besonders zeichnete er sich durch seine reichen Erfahrungen im Stadtverordnetenkollegium aus. Unser Verband hatte mit dem Verstorbenen seit 12 Jahren in geschäftlicher Weise zu tun, dabei haben wir immer die Wahrnehmung machen können, daß er alle Angelegenheiten des geschäftlichen Verkehrs in der zuvorkommendsten Weise erledigte. Durch sein einfach schlichtes Wesen, durch seinen ehrlichen, offenen Charakter hatte sich der Verstorbene viele Sympathien in der Leipziger Arbeiterschaft erworben. Lehmann, der ein Alter von 49 Jahren erreichte, hatte auch alle Bitterkeiten während des Sozialistengesetzes auskosten müssen.

Gründung einer Zentrale für Arbeit- und Gesundheitspflege. Das Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. fahte in seiner letzten Sitzung einen bemerkenswerten Beschluß auf dem Gebiete der Arbeitergesundheitspflege. Es stimmte dem Vorschlage der Errichtung einer örtlichen Zentrale für Arbeitergesundheitspflege zu. Angeregt wurde die Schaffung dieses Instituts von dem bekannten Hygieniker Dr. med. Hanauer. Das Kartell befahte sich wiederholt mit der Frage; es wurde auch Stimmen gegen die Gründung laut, die sich von ihr nicht viel versprachen. Zweifellos ist es ja Aufgabe von Staat und Kommune, die Gesundheitspflege des Volkes zu fördern, aber wie auf andern sozialen Gebieten, müssen auch hier die Gewerkschaften vorbildlich vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus beschloß das Kartell, die Tätigkeit in Gesundheitsfragen aufzunehmen. Die Aufgabe der Zentrale für Arbeitergesundheitspflege soll nach den aufgestellten Leitfäden sein, die Gesundheitspflege der Arbeiterschaft zu erhalten, sie durch theoretische Untersuchungen und praktische Maßnahmen zu fördern. Die wichtigsten Gebiete der Betätigung sind demnach: die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Hebung der Volksernährung, die Gewerbehygiene, die Krankenfürsorge, die Bekämpfung der Volkskrankheiten, die Bekämpfung der Säuglingskrankheiten, und schließlich die hygienische Kinder- und Jugendfürsorge. Träger der Zentrale ist das Kartell. Zur Mitarbeit sind berufen Einzelpersonen, sowie Vertreter von Organisationen, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Als unterstützende Vereine sind u. a. gedacht: die Krankenkassen, der Konsumverein, Volksbau- und Sparverein, Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht, Hygienischer Verein, Herzlicher Verein, Verein für Säuglingsfürsorge, Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Mutterschutz und andere soziale Vereine. — Wie man sieht, ist die Zentrale auf recht breiter Grundlage gedacht. Hoffentlich entsprechen die Erfolge der Zentrale den gehegten Erwartungen. Für die Gewerkschaften bedeutet die Zentrale eine Betätigung auf einem neuen Gebiete.

Gegen Trunk und Kapitalwille. Anfang April beschloß sich der vierte dänische Genossenschaftskongress mit der Stellungnahme der Genossenschaften zu den Kartellen und Ringbildungen in Dänemark. Die Konsumenten Dänemarks setzen sich besonders bei Kohlen und Zement kapitalistischen Verabredungen gegenüber, deren Stärke nicht unterschätzt wird. Sobald sich aber in Dänemark diese neue Stufe kapitalistischer Wirtschaftsweise bemerkbar machte, erwachten ihr auch in den geschlossenen genossenschaftlichen Organisationen Kämpfer, die bereit und fähig sind, die maßlosen Ansprüche kapitalistischer Freistreiber abzuwehren. Der Kongress war sich darin einig, daß sich alle genossenschaftlichen Organisationen gemeinschaftlich den Ringen, die als „schlechte wirtschaftliche Institute“ bezeichnet wurden, entgegenstellen sollten. Gleich den sachlichen Organisationen sollen Agitationsfonds geschaffen werden. In instanz der Genossenschaften werden bei dem gemeinsamen Kampf gegen die Ringe und Kartelle die Ringe übernehmbar. Es verdient bemerkt zu werden, daß in Dänemark keine Zeitung für den Zementring und dessen Ansturm auf die Tischen der Konsumenten Partei nahm. Die Presse in Dänemark ist selbst auch nicht zu einem kapitalistischen Kongress zusammengekommen. Der Reichstagsabgeordnete Stauning gab auf dem Kongress seiner Freude über den Kampf der Genossenschaften gegen die Annahme kapitalistischer Ringe Ausdruck. Mit Zuversicht betonte er, daß der Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes die Heberlegenheit genossenschaftlicher Organisationen zeigen werde. „Im Kampfe gegen die Ringe begegneten sich“, so meinte der Redner, „alle Hände der Arbeiter.“

Rache Schmidt f. Der Redakteur am „Steinarbeiter“ wurde wegen Verleumdung des Pfarrers Weiler aus Kusel (Rheinpfalz) zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem früheren Prozesse machte der Pfarrer Weiler über einen Teil der Nammelsbacher Einwohner Ausfährungen, welche wir einer kritischen Besprechung unterzogen. Wir haben in Nammelsbach eine Zahlstelle von etwa 200 Mitgliedern und wahrten somit berechtigten Interessen. Der Pfarrer fand sich nun beleidigt, aber vor dem Schöffengericht in Kusel ist ihm die Verteidigungsrede des Anwalts Adernann sicherlich unangenehm in die Ohren geklungen. In einem Expose auf das Gericht gab Weiler selbst zu, daß er von „rohen Kindern“, „sozialdemokratischen Einflüssen“, „ungehörigen Kindern, welche von den Eltern ungenügend beaufsichtigt werden“ usw. gesprochen habe. Diese Hiebe sollten in erster Linie der Nammelsbacher Steinarbeiterbevölkerung, wenigstens einem Teil davon, gelten. Wir haben dem Herrn Pfarrer, welcher auch sonst ein recht streibbarer Herr sein soll, ungeschminkt die Wahrheit gesagt. Nun stark hat das Gericht aufstrebend die Verleumdung nicht angesehen, denn das Strafmaß mit 30 Mark ist sicherlich kein allzu hohes. Wenn sich nun Matthias Fromm über diesen Prozeß unbändig freut, so lassen wir ihm sein Pfäffchen. — Fromm hat sich allerdings in Leipzig einen anderen Denkzettel geholt, nämlich 300 Mark Geldstrafe wegen verleumderischer Verleumdung. Wir haben die sonderbare Annahme eines Genossen zurückgewiesen; dabei mögen wir uns in der Norm verhalten haben: Fromm aber hat dagegen einen geuerlichen Arbeitervertreter verleumdet. Wir lassen Fromm seine Freude, das Urteil eines Mannes, der mit dem Verleumdungsparagrafen kollidierte, ist uns völlig schnuppe.

Eine Friedhofskunstausstellung findet demnächst in Gellbrunn statt. Das Arrangement liegt in den Händen des Herrn Prof. Dr. Pöcher.

Mitgliederverlust. Der örtliche Metallarbeiterverband hat im Vorjahre 1250 Mitglieder verloren. Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Summen die Gewerkschaften für Agitation ausgeben, so kann man sich erweisen, was es heißt, wenn ein solcher Rückgang zu verzeichnen ist.

Die hiesige Bevölkerung ist auf's tieffte enttäuscht. Fleckige Arbeiter werden ausgesperrt, weil sie sich nicht schonungslos den Unternehmergeulsten fügen wollen.

Zur Lohnbewegung im Niederschlesischen Sandsteingebiet.

Im Niederschlesischen Sandsteingebiet, welcher die Zahlstellen Bunzlau, Warthau, Sodenau, Deutmannsdorf, Löwenberg und Werra-Kadmitz umfasst, stehen die Steinarbeiter seit 1. April im Lohnkampf. Die Antwort, welche uns die Herren Unternehmer auf unsere gestellten Forderungen zugehen ließen, war bei jeder Tarifbewegung immer ein und dieselbe. Immer schloßten sie schlechte Konjunktur vor; hatten wir aber den Tarif wieder auf zwei Jahre anerkannt und unterschrieben, da war immer Hochkonjunktur da. In diesem Jahre endlich glaubten die Kollegen die Zeit für gekommen, ganz entschlossen an den gestellten Forderungen festzuhalten. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der immer größer gestellten Anforderungen an die Arbeiterschaft, infolge der erhöhten Lebensmittelpreise, Wohnungsrenten sowie der gesamten Unterhaltungskosten, glaubten sich die hiesigen Steinarbeiter vollständig berechtigt, Lohnforderungen zu stellen. Wenn wir nun erwartet hätten, daß die hiesigen Unternehmer unsern Forderungen Verständnis entgegenbringen und auf Grund dieses mit uns verhandeln würden, so hatten wir uns gründlich getäuscht. So zum Beispiel sollen die seit dem Jahre 1900 gefällten Entscheidungen des Schiedsgerichts in Wegfall kommen. Wenn man in Betracht zieht, daß seit Bestehen des Schiedsgerichts über 50 Entscheidungen gefallt wurden und hiervon zwei Drittel zugunsten der Kollegen, so wird wohl jedem einleuchten, daß dies eine bedeutende Reduzierung auf den Tarif ist, wenn diese in Wegfall kämen. Des weiteren wird uns zugemutet, sämtliche deutsche Steinmaterialien, ob Granit, Syenit oder sonst noch, was alles nach der Grundlage des Tarifs im Accord mit einem gewissen Prozentsatzschlag oder nach Verhältnissen, die von Fall zu Fall zu treffen seien, zu verarbeiten. Daß dies geradezu unmöglich ist, braucht wohl nicht erst näher erläutert zu werden. Zum dritten wird uns eine Schiedsgerichtsordnung vorgelegt, welche uns vollständig rechtlos machen würde. Hauptächlich wird in derselben hervorgehoben, daß bei Entscheidungen, welche gefällt werden sollen, nur solche Vertreter zugezogen werden sollen, welche an den gepflogenen Tarifverhandlungen teilgenommen haben. Es klingt dies geradezu wie ein Hohn auf das bestehende Tarifverhältnis; denn es hat bald keinen mehr im ganzen Bezirk, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, welche an solchen teilgenommen haben. Aus diesem Grunde schon wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß Verhandlungen stattfinden müßten. In ihrem Antwortschreiben betonten die Unternehmer ausdrücklich, daß ohne Anerkennung des Tarifs nach dem 31. März ein Weiterarbeiten nicht zulässig ist. Es wurde unsererseits alles versucht, um auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen, was aber an dem hartnäckigen Standpunkte der Unternehmer vollständig scheiterte. Aus diesem Grunde legten die Kollegen am 1. April im ganzen Bezirk einmütig und geschlossen die Arbeit nieder. Dies hatten ja unsere Unternehmer nicht erwartet. Sie scheinen immer der Ueberzeugung gewesen zu sein, daß wir noch im letzten Augenblick kommen und zu Kreuzen kriechen würden; aber leider, leider stimmte die Rechnung diesmal nicht. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer diesmal eine ganz besondere Taktik am Tage vor der Arbeitsniederlegung anwandten, um Uneinigkeit unter die Kollegen hineinzutreiben. Es war eigentümlich, daß in einem Betriebe die Arbeiter Feierabend bekamen und die Steinmetzen konnten weiterarbeiten; in andern Betrieben war es gerade umgekehrt der Fall. Die Kollegen rohen aber den Braten und ließen sich hierdurch nicht verblüffen. Am 6. April fand in Riegnitz unter Vorsitz des Herrn Heidrich-Striegau vom Unternehmerverband eine Einigungsverhandlung statt, die zu keinem Resultate führte, da erstens der Arbeitgeber nicht das geringste Zugeständnis gemacht wurde und wir natürlich an unsern Forderungen festhielten. In den Verhandlungen nahm ebenfalls unser erster Vorsitzender Kollege Starke teil. Weitere Verhandlungen sind zum 22. April angesetzt, ebenfalls in Riegnitz unter dem Vorsitz des Herrn Heidrich. Es muß nun abgewartet werden, was die Zukunft bringt. Das eine steht fest, daß die hiesigen Steinarbeiter fest entschlossen sind, diesen Kampf bis auf's äußerste zu führen. Deshalb richten wir an die Kollegen allerorts die dringende Bitte, uns in unserem Kampfe zu unterstützen, indem sie den hiesigen Bezirk solange meiden, bis dieser Kampf vorüber ist. Dem im Kampf stehenden Kollegen sei aber zugerufen: Bleibt weiter so einig und geschlossen wie bisher, denn nur Einigkeit führt zum Sieg.

Konferenzindrücke.

In unserer Organisation ist es üblich, daß kurz vor der Tagung der Generalversammlung im ganzen Reichs Gaukonferenzen abgehalten werden. Früher fanden dieselben alljährlich statt, doch dieser Termin hat sich nicht als praktisch erwiesen. Wenn die Kollegen aus den einzelnen Gauen alle zwei Jahre zusammenkommen, so

tern eine en waren vertraut; eoretischen Debatten haftleben iende Berreten. Wir auf die taf. Unfreife von Verhandlungen, daß auch se ausgebaut eiten zu den ften ekannt ren Studium e Erscheinung, ften die redc, daß die Anationsmaterial en. Die sonst nicht mit kon einmal zu verzeichnen zu können. z. Kurrieren zu können. z. Auf allen Konferenzen wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei Tarifverhandlungen die Schiedsgerichte so schlecht funktionierten. Besonders seit wir in der Steinindustrie nicht mehr den lebhaftesten Geschäftsgang von 1913 haben, ist es mit der Tarifdurchführung immer unglücklicher geworden. Es wäre somit an der Zeit, wenn ein Zentralschiedsgericht zustande käme.

Die Debatten ergaben weiter, daß der Mitgliederfluktuation abgeholfen werden soll. Es wurde angeregt, daß die Beitragskassierung eine viel intensivere werden müsse als wie bisher. — Desgleichen müßten periodenweise populär gehaltene Flugblätter herausgegeben werden, die auf die einzelnen Branchen zugeschnitten sein müßten.

Auf den Konferenzen wurde manch neuer Gedanke zur Erörterung gebracht, manche Anregung gegeben. Besonders wertvoll ist aber die Konstatierung, daß sich das geistige Niveau der Kollegen bedeutend gehoben hat.

Zweierlei Maß.

Bei einem Lohnkampf der Fleischergehilfen in Mägeln bei Dresden beschloß die dortige Fleischerinnung, alle Anträge des Fleischerverbandes auf Abschluß von Tarifverträgen abzuweisen und die Verletzung dieses Beschlusses mit 20 Mark Strafe für jeden einzelnen Fall zu belegen. Trotz des Innungsbeschlusses unterzeichnete ein Fleischermeister den Tarifvertrag und gab diese Tatsache in einem Geschäftsinterrat in einer dortigen Zeitung bekannt. Flugs erhielt er vom Innungsvorstand die Aufforderung, vom Tarifvertrag zurückzutreten und jeden Hinweis bei künftigen Interraten zu unterlassen; für den einen Fall des Hinweises auf den Tarifabschluß wurde er mit 20 Mark Strafe belegt. Der Fleischermeister lehnte aber den Rücktritt von dem abgeschlossenen Vertrage ab. Daraufhin erwirkte ein anderes Innungsmitglied beim Landgericht Dresden eine einstweilige Verfügung wegen unlauteren Wettbewerbs. Die sofort eingelegte Berufung gegen diese einstweilige Verfügung wurde mit Gründen zurückgewiesen, die es verdienen, öffentlich bekannt zu werden. Das Gericht sagt:

Ob der Vertrag unter dem Gesichtspunkte des § 1 U.-M.-G. rechtswirksam ist, kann in Zweifel gezogen werden. Aber darauf kommt es für den Anspruch, den die einstweilige Verfügung vorläufig sichern will, gar nicht an. Denn auch wenn den Tarifvertrag die Rechtswirksamkeit nicht abzuspreehen ist, enthält doch die Reklame, die der Innungsgehilfen abtrünnige Antragsgegner damit läßt, einen Verstoß gegen die guten Sitten, der den geltend gemachten Unterlassungsanspruch rechtfertigt. Der Antragsgegner gehört der freien Fleischerinnung des mittleren Elbtals an. Die Mitglieder dieser Innung sind sabungsgemäß verpflichtet, den Beschlüssen der Innungsversammlung Folge zu leisten. Ein solcher Beschluß war am 16. Dezember 1913 zustande gekommen. Er hat den Inhalt, daß alle Innungsmitglieder die Pflicht auf sich nehmen, alle Anträge des Zentralverbandes abzulehnen. Dieser Beschluß mochte für den Antragsgegner verbindlich sein oder nicht. Auch wenn es frei stand, sich von ihm loszusagen, so blieb er doch Mitglied der Innung und als solches in einem Vertragsverhältnis zu seinen Innungsgehilfen, das ihm die Pflicht auferlegte, wenigstens auf ihre Kosten keine Reklame mit seiner Untreue zu üben.

Dieses Verfahren verletzt in der Tat das Anstandsgefühl des billig und gerecht Denkenden. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die besondere wirtschaftliche Lage des Antragsgegners zu einer milderen Auffassung nötigte. Es mag sein, daß er, wie er schreibt, seit Jahren schwer an seine Existenz zu ringen gehabt habe. Aber deswegen wäre ihm doch nicht zu glauben, daß er keinen andern Ausweg gewußt habe, um sein Fortkommen zu finden. Als Gehilfe hätten ihm vernünftlich Stellen zur Verfügung gestanden. Aber die ganze Lebensauffassung, die sein Brief verrät, läßt darauf hinaus, nach einem möglichst günstigen Erwerb zu trachten und dabei Rücksichten auf die Standesinteressen hintanzustellen. Er bezeichnet sich selbst als Ausbrecher. Ausbrechen mag noch ohne weiteres einen Sittverstoß enthalten. Zum Verstoß gegen die guten Sitten aber wird es, wenn damit hier nach Art eines geschäftlichen Freireiters, dem alle Mittel zu seinem Vorteil genehm sind, Wettbewerbs geküßt wird. Das sind harte Worte, die das Gericht über einen „Ausbrecher“ findet. Nur würde alles auf einmal ganz anders sein, wenn der „Ausbrecher“ kein Unternehmer, sondern ein Arbeiter wäre. Dann kennen die Gerichte keine moralische Verurteilung des „Ausbrechers“, sondern diesem wird der höchste Schutz vor seinem Kollegen noch zuteil. Die Innung hat zweifellos gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen, denn sie hat durch die Verhängung der Strafe den

eingehalten. So sind keine Aufenthaltsräume vorhanden, an Trinkwasser fehlt es gänzlich.

Bei nun die Dreher nicht organisiert sind, konnten die Unternehmer so brutal handeln. Wir sind überzeugt, wären die Dreher dem freien Verbands, wie Leipzig, angeschlossen, so hätten die Unternehmer mit sich reden lassen müssen und hätten nicht so rasch ausgepörrt. Nun werden sogar drei Organisationen um die Nieder-Mendiger Steinarbeiter, nämlich die katholischen Facharbeiter (Verband), übrigens ein totgeborenes Kind, der Arbeiterverband und der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Die Agitatoren der Facharbeiter sowie der christlichen Arbeiter haben nun gemeinsam auf die Freien und verlegen sich dabei gegenseitig auch noch Hiebe.

Ueber die Entwicklung der Organisationen bemerken wir folgendes: Im Jahre 1903 gaben die hiesigen Unternehmer Arbeitsordnungen heraus, sogenannte „Zuchtordnungen“. Die Steinarbeiter nahmen Stellung dagegen. Nun gingen einige zum Herrn Pastor und es wurde der Arbeiterverein, „Berliner Richtung“, gegründet. Die Steinarbeiter glaubten nun, dieser Arbeiterverein würde ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten. Aber es wurde in elf Jahren noch nicht ein Finger für die Arbeiterinteressen gerührt. Aus diesem Verein wurde ein Arbeiter-Vereinsverein, späterhin wir damals schon einen Gauleiter gehabt, so wäre die Position unklar. — Der christliche Arbeiter- und Steinarbeiterverband wurde 1908 gegründet. Ihm traten 119 Mitglieder bei. Die Agitatoren befreiten durch „radikale Reden“ jede schlechte Lohn- und Arbeitsbedingung. Die Arbeiter glaubten ihnen, aber es geschah wieder nichts. So verstand der selbe in kaum zwei Jahren vollständig durch ihre eigene Mißwirtschaft. Die Mitglieder gingen hin und zerrissen sogar ihre Bücher. Die Christlichen rechnen nun die Marken, die vor drei Jahren geklebt wurden, den Seiten an (da können wir nicht mit). Unsere Zahlstelle wurde 1908 gegründet. Es traten ihr circa 30 Mann bei. Die Mitgliederzahl stieg auf 88 Mann, gerechnet die umliegenden Ortschaften, wo jetzt auch Zahlstellen bestehen. Aus Mayen ließen sich 1909 viele christliche Überführten. Nieder-Mendig kann somit als Schlüssel für das Mayener Gebiet bezeichnet werden. Auch erzielten wir hier eine Lohnaufbesserung. Auf den Werksplätzen am Nieder-Mendiger Bahnhof, wo alle frei organisiert waren, führten wir den 400er Tarif ein. Ebenfalls wurde die neunstündige Arbeitszeit beibehalten. Der Stundenlohn stieg von 45 Pfg. auf 55 Pfg. In einem Geschäft wurde dieses durch Arbeitsüberlegung erreicht. Die Nieder-Mendiger Kollegen ersehen hieraus, daß wir auch praktische Arbeit geleistet haben. Im Jahre 1916 läuft der Baklavakarität für das Mayener Gebiet ab. Die Nieder-Mendiger Steinarbeiter werden auch davon betroffen werden. Darum, Kollegen, ist es jetzt an der Zeit, daß ihr euch alle organisiert. Wir rufen euch allen zu: Hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands; nur dieser wird eure wirtschaftlichen Interessen vertreten!

Die hiesige Bevölkerung ist über das Vorgehen der Unternehmer aufs tiefste enttäuscht. Fleißige Arbeiter werden rücksichtslos ausgebeutet, weil sie sich nicht schonungslos den Unternehmerrückstellungen fügen wollen.

Zur Lohnbewegung im Nieder-schlesischen Sandsteingebiet.

Im Niederschlesischen Sandsteinbezirk, welcher die Zahlstellen Wuzlaw, Warthau, Döhlenau, Deutmannsdorf, Löwenberg und Neu-Neudorf umfaßt, stehen die Steinarbeiter seit 1. April im Lohnkampf. Die Antwort, welche uns die Herren Unternehmer auf unsere gestellten Forderungen gegeben ließen, war bei jeder Tarifbewegung immer ein und dieselbe. Immer schloßten sie schlechte Konjunktur vor; hatten wir aber den Tarif wieder auf zwei Jahre anerkannt und unterschrieben, da war immer Konjunktur da. In diesem Jahre endlich glaubten die Kollegen die Zeit für gekommen, ganz entschieden an den gestellten Forderungen festzuhalten. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der immer größer gestellten Anforderungen an die Arbeiterschaft, infolge der erhöhten Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten sowie der gesamten Unterhaltungskosten, glaubten sich die hiesigen Steinarbeiter vollständig berechtigt, Lohnforderungen zu stellen. Wenn wir nun erwartet hätten, daß die hiesigen Unternehmer unsere Forderungen Verständnis entgegenbringen und auf Grund dieses mit uns verhandeln würden, so hatten wir uns gründlich getäuscht. So zum Beispiel sollen die seit dem Jahre 1900 gefällten Entscheidungen des Schiedsgerichts in Wegfall kommen. Wenn man in Betracht zieht, daß seit Bestehen des Schiedsgerichts über 50 Entscheidungen gefällt wurden und hiervon zwei Drittel zugunsten der Kollegen, so wird wohl jedem einleuchten, daß dies eine bedeutende Reduzierung auf den Tarif ist, wenn diese in Wegfall kämen. Des weiteren wird uns zugemutet, sämtliche heutige Steinmaterialien, ob Granit, Syenit oder sonst noch, was alles nach der Grundlage des Tarifs im Accord mit einem gewissen Prozentsatzschlag oder nach Verhältnissen, die von Fall zu Fall zu treffen seien, zu verarbeiten. Daß dies geradezu unmöglich ist, braucht wohl nicht erst näher erläutert zu werden. Zum dritten wird uns eine Schiedsgerichtsordnung vorgelegt, welche uns vollständig rechtlos machen würde. Sämtlich wird in derselben hervorgehoben, daß bei Entscheidungen, welche gefällt werden sollen, nur solche Vertreter zugezogen werden sollen, welche an den gepflogenen Tarifverhandlungen teilgenommen haben. Es klingt dies geradezu wie ein Hohn auf das bestehende Tarifverhältnis; denn es hat bald keinen mehr im ganzen Bezirk ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, welche an solchen teilgenommen haben. Aus diesem Grunde schon wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß Verhandlungen stattfinden müßten. In ihrem Antwortschreiben betonten die Unternehmer ausdrücklich, daß ohne Anerkennung des Tarifs nach dem 31. März ein Weiterarbeiten nicht zulässig ist. Es wurde unterdessen alles versucht, um auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen, was aber an dem hartnäckigen Standpunkte der Unternehmer vollständig scheiterte. Aus diesem Grunde legten die Kollegen am 1. April im ganzen Bezirk einmütig und geschlossen die Arbeit nieder. Dies hatten ja unsere Unternehmer nicht erwartet. Sie scheinen immer der Überzeugung gewesen zu sein, daß wir noch im letzten Augenblick kommen und zu Kreuze kriechen würden; aber leider, leider stimmte die Rechnung diesmal nicht. Bemert sei noch, daß die Unternehmer diesmal eine ganz besondere Taktik am Tage vor der Arbeitsniederlegung anwandten, um Uneinigkeit unter die Kollegen hineinzutreiben. Es war eigentümlich, daß in einem Betriebe die Dreher Feierabend bekamen und die Steinmetzen konnten weiterarbeiten; in andern Betrieben war es gerade umgekehrt der Fall. Die Kollegen rochen aber den Braten und ließen sich hierdurch nicht verführen. Am 6. April fand in Riegnitz unter Vorsitz des Herrn Seidrich-Strieganow vom Unternehmerverband eine Einigungsverhandlung statt, die zu keinem Resultate führte, da seitens der Arbeitgeber nicht das geringste Zugeständnis gemacht wurde und wir natürlich an unseren Forderungen festhielten. In den Verhandlungen nahm ebenfalls unser erster Vorsitzender Kollege Starke teil. Weitere Verhandlungen sind zum 22. April angesetzt, ebenfalls in Riegnitz unter dem Vorsitz des Herrn Seidrich. Es muß nun abgewartet werden, das die Zukunft bringt. Das eine steht fest, daß die hiesigen Steinarbeiter jetzt entschlossen sind, diesen Kampf bis aufs äußerste zu führen. Deshalb richten wir an die Kollegen allerorts die bringende Bitte, uns in unserem Kampfe zu unterstützen, indem sie den hiesigen Bezirk solange meiden, bis dieser Kampf vorüber ist. Dem im Kampf stehenden Kollegen sei aber zugerufen: Bleibt weiter so einig und geschlossen wie bisher, denn nur Einigkeit führt zum Sieg.

Konferenzeindrücke.

In unserer Organisation ist es üblich, daß kurz vor der Tagung der Generalversammlung im ganzen Reichs Gauleitungen abgehalten werden. Früher fanden dieselben alljährlich statt, doch dieser Termin hat sich nicht als praktisch erwiesen. Wenn die Kollegen aus den einzelnen Gauen alle zwei Jahre zusammenkommen, so

genügt dies vollständig. Die Verbandsleitung war auf den Konferenzen vertreten, denn es ist bedeutend besser, wenn etwaige Mängelstellungen gleich an Ort und Stelle gemacht werden können. Zudem verfügen die Vorstandsvertreter, besonders bei der Tarifvertragsfrage, über eine ziemliche Erfahrung, die immerhin bei den Debatten zu diesem Punkte gut verwertet werden konnte.

Im allgemeinen waren die Konferenzen von den Zahlstellen sehr gut besucht. Daraus kommt schon zum Ausdruck, daß die Zahlstellen sehr wohl das praktische Ergebnis einer solchen Tagung zu würdigen verstehen. Allgemein fiel auf — es befähigen dies alle Vorstandsmitglieder —, daß auf den Tagungen die Debatten überaus sachlich waren. Die Delegierten hatten natürlich auch ihre verschiedenen Moniten vorzubringen, denn bei uns wird mit dem Wehrauftrag nicht operiert; aber überall kam zum Ausdruck, daß sich unser Verband auch nach innen sehr gut entwickelt hat. Die berufsmäßigen Opponenten kamen auf den Goutagen nicht zur Geltung, und wo einer zum Nörgeln hinneigen wollte, wurde ihm aus den Kreisen der Delegierten selbst in bündiger Weise das Unmotiviertere seiner Handlungsweise klargestellt. Wir konstatierten mit großer Genugtuung, daß die Erwerbslosenunterstützung beinahe überall eine Mehrheit fand. Die Debatte im „Steinarbeiter“ hat sich zwar sehr stark ausgezehrt, aber sie hat Klarheit gewirkt. Die Argumente für oder gegen wurden nur mehr stichwortartig hervorgehoben, und die Delegierten waren durch die Polemiken, die im Verbandsorgan erfolgten, mit der ganzen Materie schon eingehend vertraut.

Angenehm fiel auf, daß sich unter den Steinarbeitern eine große Reihe sehr intelligenter Leute befindet. Die Kollegen waren mit den Detailfragen der Gewerkschaftsfrage sehr wohl vertraut; dergleichen zeigten die meisten Redner, daß sie auch in theoretischen Fragen zu Hause sind. Mit andern Worten, aus den Debatten konnte man heranhören, daß die Redner im Gewerkschaftsleben wie in der Politik sehr gut bewandert sind.

Gegenüber früher ist in unserm Verbands eine bedeutende Vertiefung in der gewerkschaftlichen Anschauung zutage getreten. Wir sagen ohne Einschränkung, daß diese Konstatierung auf die tatsächlichen Fragen allerdings nicht in vollem Umfange zutrifft. Unsere Kollegen sind teilweise noch der Meinung, daß Abschlüsse von Bezahlstellen nicht nötig seien; denn auf rein lokaler Verhandlung sei mehr zu erreichen. Es wird aber dabei nur vergessen, daß auch die Unternehmer ihre Verbände in sehr erheblicher Weise ausgebaut haben. Gut ist es, daß diesmal auch außer den Gauleitern zu den Tagesordnungspunkten Referenten aus Kollegenkreisen ernannt wurden. Dadurch wurde mancher Kollege zum weiteren Studium der Gewerkschaftsfragen angeregt. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß seit Anstellung der Gauleiter aus Kollegenkreisen die rednerische Tätigkeit nachgelassen hat. Das kommt daher, daß die Angestellten im allgemeinen über ein reichhaltiges Agitationsmaterial verfügen und die Vorträge genau konzipieren können. Die sonst rednerisch veranlagten Kollegen glauben nun, hier nicht mit konkurrieren zu können. Diese Erscheinung, die nun einmal zu verzeichnen ist, behauern wir recht lebhaft.

Auf allen Konferenzen wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei Tarifverträgen die Schiedsgerichte so schlecht funktionierten. Besonders seit wir in der Steinindustrie nicht mehr den lebhaftesten Geschäftsgang von 1913 haben, ist es mit der Tarifdurchführung immer ungünstiger geworden. Es wäre somit an der Zeit, wenn ein Zentralschiedsgericht zustande käme.

Die Debatten ergaben weiter, daß der Mitgliederfluktuation abgeholfen werden soll. Es wurde angeregt, daß die Vertragsfassung eine viel intensivere werden müsse als wie bisher. — Derartige Maßnahmen sind periodenweise populär gehaltene Flugblätter herausgegeben werden, die auf die einzelnen Branchen zugeschnitten sein müßten.

Auf den Konferenzen wurde manch neuer Gedanke zur Erörterung gebracht; manche Anregung gegeben. Besonders wertvoll ist aber die Konstatierung, daß sich das geistige Niveau der Kollegen bedeutend gehoben hat.

Zweierlei Maß.

Bei einem Lohnkampf der Fleischergehilfen in Mügeln bei Dresden beschloß die dortige Fleischerinnung, alle Anträge des Fleischerverbandes auf Abschluß von Tarifverträgen abzuweisen und die Verletzung dieses Beschlusses mit 20 Mark Strafe für jeden einzelnen Fall zu belegen.

Trotz des Innungsbeschlusses unterzeichnete ein Fleischermeister den Tarifvertrag und gab diese Tatsache in einem Geschäftsinterrat in einer dortigen Zeitung bekannt. Flugs erhielt er vom Innungsvorstand die Aufforderung, vom Tarifvertrag zurückzutreten und jeden Hinweis bei künftigen Interraten zu unterlassen; für den einen Fall des Sinneisses auf den Tarifabschluß wurde er mit 20 Mark Strafe belegt. Der Fleischermeister lehnte aber den Mißtritt von dem abgeschlossenen Vertrage ab. Daraufhin erwirkte ein anderes Innungsmitglied beim Landgericht Dresden eine einstweilige Verfügung wegen unlauteren Wettbewerbs. Die sofort eingeleitete Verurteilung gegen diese einstweilige Verfügung wurde mit Gründen zurückgewiesen, die es verdienen, öffentlich bekannt zu werden. Das Gericht sagt:

Ob der Vertrag unter dem Gesichtspunkte des § 1 U.-M.-G. rechtswirksam ist, kann in Zweifel gezogen werden. Aber darauf kommt es für den Anspruch, den die einstweilige Verfügung vorläufig sichern will, gar nicht an. Denn auch wenn dem Tarifvertrag die Rechtswirksamkeit nicht abzuspochen ist, enthält doch die Beklame, die der keinen Innungsgeossen abtrünnige Antragsgegner damit übt, einen Verstoß gegen die guten Sitten, der den geltend gemachten Unterlassungsanspruch rechtfertigt. Der Antragsgegner gehört der freien Fleischerinnung des mittleren Elbtales an. Die Mitglieder dieser Innung sind sühnungsgemäß verpflichtet, den Beschlüssen der Innungsversammlung Folge zu leisten. Ein solcher Beschluß war am 16. Dezember 1913 zustande gekommen. Er hat den Inhalt, daß alle Innungsmitglieder die Pflicht auf sich nehmen, alle Anträge des Zentralverbandes abzulehnen. Dieser Beschluß mochte für den Antragsgegner verbindlich sein oder nicht. Auch wenn es frei stand, sich von ihm loszusagen, so blieb er doch Mitglied der Innung und als solches in einem Vertragsverhältnis zu seinen Innungsgeossen, das ihm die Pflicht auferlegte, wenigstens auf ihre Kosten keine Aklame mit keiner Untreue zu üben.

Dieses Verfahren verlegt in der Tat das Instanzgefühl des billig und gerecht Denkenden. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die besondere wirtschaftliche Lage des Antragsgegners zu einer milderen Auffassung nötigte. Es mag sein, daß er, wie er schreibt, seit Jahren schwer um seine Existenz zu ringen gehabt habe. Aber deswegen wäre ihm doch nicht zu glauben, daß er keinen andern Ausweg gewußt habe, um sein Fortkommen zu finden. Als Gehilfe hätten ihm vernünftiger Stellen zur Verfügung gestanden. Aber die ganze Lebensauffassung, die sein Verstoß enthält, läuft darauf hinaus, nach einem möglichst günstigen Erwerb zu trachten und dabei Nachsichten auf die Standesinteressen hintanzustellen. Er bezeichnet sich selbst als Ausbrecher. Ausbrechen mag noch nicht ohne weiteres einen Sittenerstoß enthalten. Zum Verstoß gegen die guten Sitten aber wird es, wenn damit hier nach Art eines geschäftlichen Treibewerbs, dem alle Mittel zu seinem Vorteil gemein sind, Wettbewerb gestellt wird.

Das sind harte Worte, die das Gericht über einen „Ausbrecher“ findet. Nur würde alles auf einmal ganz anders sein, wenn der „Ausbrecher“ kein Unternehmer, sondern ein Arbeiter wäre. Dann kennen die Gerichte keine moralische Verurteilung des „Ausbrechers“, sondern diesem wird der höchste Schutz vor seinem Kollegen noch zuteil.

Die Innung hat zweifellos gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen, denn sie hat durch die Verhängung der Strafe den

einzelnen Meister zu bestimmen gesucht, von einer Verabredung zurückzutreten. Das Gericht funktioniert also in diesen Innungs-terrorismus, ja es verlangt sogar unter Umständen von dem „Ausbrecher“ Innungsmeister den völligen Verzicht auf eine selbständige Existenz, nur damit er „Zweie“ gegen seine Organisation sse.

Der Fleischermeister erklarte darauf bei der Staatsanwaltschaft gegen die Innung Anzeige wegen Mißgunst, verdächtig Er-prefung und Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Die Staatsanwaltschaft lehnte aber ein Einreisen ab, weil eine strafbare Handlung durch die Innung nicht vorläge.

Es handelt sich eben um eine Innungs- und nicht um eine Arbeiterorganisation, und nicht um Arbeiterterrorismus, sondern um Unternehmerterrorismus. Und wer mag da noch zu behaupten, daß mit zweierlei Maß gemessen wird?

Die Steinarbeiter werden sich dieses Urteil scharf im Gedächtnis behalten.

Rundschau.

Julius Lehmann †. Am 21. April verschied an einem Magenleiden der Geschäftsführer der Leipziger Volkszeitung, Julius Lehmann. Der Verstorbene war in der Leipziger Arbeiterbewegung seit einem Menschenalter hervorragend tätig, besonders zeichnete er sich durch seine reichen Erfahrungen im Stadtverordnetenkollegium aus. Unser Verband hatte mit dem Verstorbenen seit 12 Jahren in geschäftlicher Weise zu tun, dabei haben wir immer die Wahrnehmung machen können, daß er alle Angelegenheiten des geschäftlichen Verkehrs in der vorzuziehendsten Weise erledigte. Durch sein einfach schlichtes Wesen, durch seinen ehrlichen, offenen Charakter hatte sich der Verstorbene viele Sympathien in der Leipziger Arbeiterkassen erworben. Lehmann, der ein Alter von 49 Jahren erreichte, hatte auch alle Bitterkeiten während des Sozialistengesetzes auskosten müssen.

Gründung einer Zentrale für Arbeitergesundheitspflege. Das Gewerkschaftsamt in Frankfurt a. M. sah in seiner letzten Sitzung einen bemerkenswerten Beschluß auf dem Gebiete der Arbeitergesundheitspflege. Es stimmte dem Vorschlage der Errichtung einer örtlichen Zentrale für Arbeitergesundheitspflege zu. Angeregt wurde die Schaffung dieses Instituts von dem bekannten Hygieniker Dr. med. Panauer. Das Kartell besaßte sich wiederholt mit der Frage; es wurde auch Stimmen gegen die Gründung laut, die sich von ihr nicht viel versprachen. Zweifellos ist es ja Aufgabe von Staat und Kommune, die Gesundheitspflege des Volkes zu fördern, aber wie auf andern sozialen Gebieten, müssen auch hier die Gewerkschaften vorbildlich vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus beschloß das Kartell, die Tätigkeit in Gesundheitsfragen aufzunehmen. Die Aufgabe der Zentrale für Arbeitergesundheitspflege soll nach den aufgestellten Leitlinien sein, die Gesundheit der Arbeiterschaft zu erhalten, sie durch theoretische Untersuchungen und praktische Maßnahmen zu fördern. Die wichtigsten Gebiete der Betätigung sind demnach: die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Hebung der Volksernährung, die Gewerbehygiene, die Krankenfürsorge, die Bekämpfung der Volkskrankheiten, die Bekämpfung der Säuglingskrankheiten, und schließlich die hygienische Kinder- und Jugendfürsorge. Träger der Zentrale ist das Kartell. Zur Mitarbeit sind berufen Einzelpersonen, sowie Vertreter von Organisationen, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Als unterstützende Vereine sind u. a. gedacht: die Krankenkassen, der Konsumverein, Volksbau- und Sparverein, Verein zur Bekämpfung der Schwund-suchtgefahr, Hygienischer Verein, Kreislicher Verein, Verein für Säuglingsfürsorge, Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Mutterschutz und andere soziale Vereine. — Wie man sieht, ist die Zentrale auf recht breiter Grundlage gedacht. Hoffentlich entsprechen die Erfolge der Zentrale den gehegten Erwartungen. Für die Gewerkschaften bedeutet die Zentrale eine Betätigung auf einem neuen Gebiet.

Gegen Trunk und Kapitalwille. Anfang April beschloß die vierte dänische Genossenschaftskonferenz mit der Stellungnahme der Genossenschaften zu den Kartellen und Ringbildungen in Dänemark. Die Konsumenten Dänemarks sehen sich besonders bei Kohlen und Zement kapitalistischen Verabredungen gegenüber, deren Stärke nicht unterschätzt wird. Sobald sich aber in Dänemark diese neue Stufe kapitalistischer Wirtschaftsweise bemerkbar machte, erwachten ihr auch in den geschlossenen genossenschaftlichen Organisationen Kämpfer, die bereit und fähig sind, die maßlosen Ansprüche kapitalistischer Freistreiber abzuwehren. Der Kongress war sich darin einig, daß sich alle genossenschaftlichen Organisationen gemeinschaftlich den Ringen, die als „schlechte wirtschaftliche Institute“ bezeichnet wurden, entgegenstellen sollten. Gleich den sachlichen Organisationen sollen Agitationsfonds geschaffen werden. In den Angelegenheiten der Genossenschaften werden bei dem gemeinsamen Kampf gegen die Ringe und Kartelle die Führung übernehmen. Es verdient bemerkt zu werden, daß in Dänemark keine Zeitung für den Zementring und dessen Ankurs auf die Zahlen der Konsumenten Partei nahm. Die Presse in Dänemark ist selbst auch nicht zu einem kapitalistischen Konzern zusammengeschlossen. Der Reichstagsabgeordnete Stanning gab auf dem Kongress seiner Freude über den Kampf der Genossenschaftler gegen die Annahme kapitalistischer Ringe Ausdruck. Mit Zuversicht betonte er, daß der Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes die Ueberlegenheit genossenschaftlicher Organisationen zeigen werde. Im Kampfe gegen die Trunkbegegneten sich, so meinte der Redner, „alle Hände der Arbeiter.“

Rache Schmidt †. Der Redakteur am „Steinarbeiter“ wurde wegen Verleumdung des Pfarrers Weiler aus Kusel (Rheinpfalz) zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem früheren Prozeß machte der Pfarrer Weiler über einen Teil der Rammelsbacher Einwohner Ausfällungen, welche wir einer kritischen Besprechung unterzogen. Wir haben in Rammelsbach eine Zahlstelle von etwa 200 Mitgliedern und wahren somit berechtigten Interessen. Der Pfarrer fand sich nun beleidigt, aber vor dem Schöffengericht in Kusel ist ihm die Verleumdungsrede des Anwalts Ackermann scheinlich unangenehm in die Ohren geklungen. In einem Exposé an das Gericht gab Weiler selbst zu, daß er von „rohen Kindern“, „sozialdemokratischen Einflüssen“, „ungehorsamen Kindern, welche von den Eltern ungenügend beeinflusst werden“ usw. gesprochen habe. Diese Rede sollte in erster Linie der Rammelsbacher Steinarbeiterbevölkerung, wenigstens einem Teil davon, gelten. Wir haben dem Herrn Pfarrer, welcher auch sonst ein recht freier Herr sein soll, ungeschämkt die Wahrheit gesagt. Allzu stark hat das Gericht aufnehmend die Verleumdung nicht angesehen, denn das Strafmaß mit 30 Mark ist sicherlich kein allzu hohes. Wenn sich nun Matthias Fromm über diesen Prozeß unbindig freute, so lassen wir ihm sein Plätherchen. — Fromm hat sich allerdings in Leipzig einer andern Denkwürdigkeit, nämlich 300 Mark Geldstrafe wegen verleumderischer Verleumdung. Wir haben die sündere Annahme eines Geschlichen zurückgewiesen; dabei mögen wir uns in der Norm vergriffen haben; Fromm aber hat da-gegen einen gewerkschaftlichen Vertreter verleumdet. Wir lassen Fromm seine Freude, das Urteil eines Mannes, der mit dem Verleumdungsparagrafen kollidierte, ist uns völlig schnuppe.

Eine Friedhofskunstausstellung. findet demnächst in Heilbrunn statt. Das Arrangement liegt in den Händen des Herrn Prof. H. Dr. Förster.

Mitgliederverlust. Der christliche Metallarbeiterverband hat im Verlaufe 1915 Mitglieder verloren. Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Summen die Sparwesen für Aktionäre ausgeben, so kann man erst ermessen, was es heißt, wenn ein solcher Mißgang zu verzeichnen ist.

